

Ortsverbandstreffen am 15. November 2023

Freiheit ?
Gleichheit ?
Brüderlichkeit ?
Wie ungleich ist die Welt?



Quelle <http://camilledefleurville.blogspot.com/2015/07/14-juillet-liberte-egalite-fraternite.html>

Liberté, Égalité, Fraternité!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! lautete der Schlachtruf, mit dem das französische Bürgertum, vorbereitet durch die Schriften der Aufklärung und unterstützt durch andere Klassen der französischen Bevölkerung Adel und Klerus aus ihren Machtpositionen vertrieb.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! war aber auch ein Versprechen des Bürgertums an die Massen der Bevölkerung, dass es niemals einhalten wollte und niemals einhalten konnte.

Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

Quelle: <https://kunst.verdi.de/service/veranstaltungen/+co++895150f8-e055-11e5-9c40-525400438ccf>

Karl Marx schreibt dazu im Kapital, Band I, vierundzwanzigstes Kapitel, Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation:

„Gleich im Beginn des Revolutionssturms wagte die französische Bourgeoisie, das eben erst eroberte Assoziationsrecht den Arbeitern wieder zu entziehen. Durch Dekret vom 14. Juni 1791 erklärte sie alle Arbeiterkoalition für ein "Attentat auf die Freiheit und die Erklärung der Menschenrechte", und strafbar mit 500 Livres nebst einjähriger Entziehung der aktiven Bürgerrechte. Dies Gesetz, welches den Konkurrenzkampf zwischen Kapital und Arbeit staatspolizeilich innerhalb dem Kapital bequemer Schranken einzwängt, überlebte Revolutionen und Dynastiewechsel. Selbst die Schreckensregierung ließ es unangetastet. Es ward erst ganz neulich aus dem Code Pénal gestrichen.“ 1)

Der Band 1 des Kapitals erschien im Jahr 1867. Es hat also über 70 Jahre an politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen bedurft, um das Assoziationsrecht zurück zu erobern. Freiheit und Menschenrechte, so wie die neuen Herren sie verstanden haben wollten, waren eben doch nichts anderes als die Vorrechte und Privilegien von Fabrikanten und Kaufleuten.

Die Herstellung des notwendigen Gegenparts der neuen Klasse von Fabrikherren, nämlich der doppelt freien Arbeiterinnen und Arbeiter, beschreibt Marx im gleichen Kapitel:

„Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nachdem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer andern Person leibeigen oder hörig zu sein. Um freier Verkäufer von Arbeitskraft zu werden, der seine Ware überall hinträgt, wo sie einen Markt findet, musste er ferner der Herrschaft der Zünfte, ihren Lehrlings- und Gesellenordnungen und hemmenden Arbeitsvorschriften entronnen sein.

Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihre Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein - existiert für unsre bürgerlichen Geschichtsschreiber.

Andrerseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotnen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.“ 2)

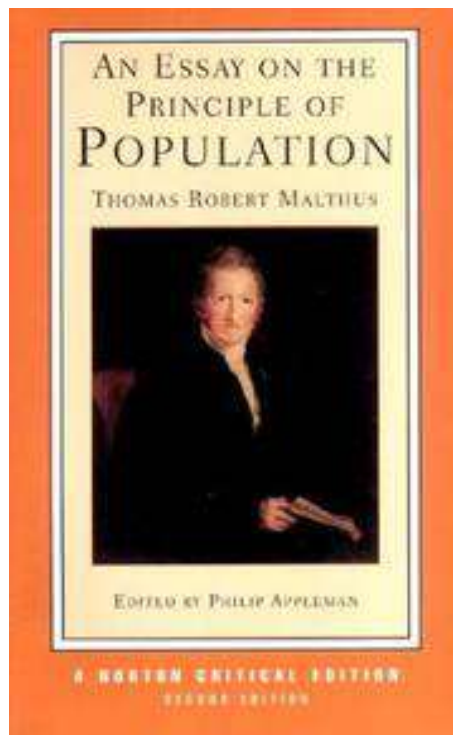
1) Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 23, "Das Kapital", Bd. I, Siebenter Abschnitt, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968, Seite 769 - 770

2) Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 23, "Das Kapital", Bd. I, Siebenter Abschnitt, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968, Seite 743



Quelle: <https://www.serres-design.de/projekte/adav-briefmarke/>

Da verwundert es nicht, dass der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sich schnell zur Forderung der Arbeiter – und Arbeiterinnenbewegung entwickelte, die sich nun hauptsächlich gegen das Bürgertum richtete.



Quelle:
[An Essay on the Principle of Population,
Second Edition \(Norton Critical Editions\)
by Thomas Robert Malthus | Open Library](#)

Denn in der Tat ließen es bürgerliche Ökonomen nicht an Deutlichkeit fehlen bei der Beschreibung der Rolle, die sie den arbeitenden Massen in ihrer neuen bürgerlichen Welt zgedachten

Thomas Robert Malthus 3) war ein britischer Ökonom und Vertreter der klassischen Nationalökonomie. Er war ab 1806 als Professor für Geschichte und politische Ökonomie der Inhaber des weltweit ersten Lehrstuhls für politische Ökonomie, welcher 1805 am College der East India Compagnie eingerichtet worden war.

In seiner Bevölkerungstheorie, die er in zwei Werken 1798 (An Essay on the Principle of Population) und 1820 (Principles of Economics) entwickelte, teilt er unter anderem mit:
„Ein Mensch, der in einer schon occupirten Welt geboren wird, wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Teil von Nahrung zu verlangen, und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahle der Natur ist durchaus kein Gedecke für ihn gelegt. Die Natur gebietet ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen“. 4)

Aus späteren Ausgaben seiner Werke wurde der Text wieder entfernt. Möglicherweise war diese Passage selbst für damalige Verhältnisse doch ein klein wenig zu deutlich.

Was auffällt: Hier versucht ein bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler, die Brutalität, die Herz – und Gnadenlosigkeit und die katastrophalen Folgen des von seiner Klasse errichteten Industriesystems der „Natur“ in die Schuhe zu schieben.

Auch später wurde von bürgerlichen Ökonomen immer wieder versucht, den Kapitalismus zu einem der menschlichen Natur entsprechenden System, man könnte auch sagen, zu einem System der „artgerechten Haltung“ von Proletariern, zu verklären.

3) [Thomas Robert Malthus – Wikipedia](#)

4) ebd.

In einem Artikel der Zeitung „DIE WELT“, veröffentlicht am 24.01.2018, teilt der Journalist, Publizist und ehemaliger Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Capital“ und BILANZ-Kolumnist Ralf-Dieter Brunowsky seine Meinung mit:

„Erfolgreiches Wirtschaften braucht Ungleichheit.“ 5)

Er schreibt unter anderem:

„Die Hilfsorganisation Oxfam prangert die Ungleichheit in der Welt an. Die Reichen würden immer reicher, die Armen immer ärmer. 42 Milliardäre besitzen mehr als die Hälfte des globalen Vermögens. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung besitzen 45 Superreiche so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Aber wen kümmert das? Eine dynamische Wirtschaft braucht Unterschiede!

Im Spiegel lese ich die Schlussfolgerung: „Damit ist das Vermögen in Deutschland auch im europäischen Vergleich besonders ungleich zugunsten der Superreichen verteilt.“

Ist Gleichheit wünschenswert? Ärgerlich ist die immer wieder benutzte Plattitüde „Besonders ungleich verteilt“ („Spiegel“) – ein Klischee, das inzwischen nahezu alle Medien wie selbstverständlich übernehmen. Das bringt mich zu der Frage, was der Gleichheitsbegriff meint und ob Gleichheit generell wünschenswert ist.

...

Lasst die Reichen doch reich sein!

Ja, ich weiß, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war das Motto der Französischen Revolution, in der amerikanischen Verfassung wurde die Gleichheit als Bürgerrecht erstmals festgeschrieben. Und richtig, in unserem Grundgesetz ist die Gleichheit vor dem Gesetz zu Recht verankert. Chancengleichheit: Ja, natürlich. Jede Art von Diskriminierung ist zu vermeiden. Aber wie unvorstellbar langweilig wäre die Welt, wenn sich der Wunsch nach Gleichheit überall ausbreiten würde. Gleiche Kleidung, gleiches Auto, gleiches Haus. Furchtbar.

Sollen doch Superreiche reich sein!

Aber muss nicht wenigstens das Vermögen oder gar die Einkommen gleich verteilt sein? Nein und nochmals nein! Der Ruf nach Vermögensteuer und höherer Besteuerung von „Reichen“ und Superreichen ist stets der scheinbar folgerichtige Schritt, wenn solche Statistiken vorgelegt werden. Sahra Wagenknecht lässt grüßen.

Wettbewerb entsteht durch Unterschiede

Eine dynamische Wirtschaft braucht Unterschiede und nicht Gleichheit. Die einen stürmen zur Spitze, die andern gehen pleite. Die einen schaffen Arbeitsplätze, die anderen bauen sie ab. Wettbewerb entsteht durch Unterschiede. Gleichheit ist ein Überbleibsel kommunistischer Ideologien. In Nordkorea herrscht ganz offensichtlich Gleichheit. Gleichheit kostet Freiheit.

Wir sollten aufhören, Ungleichheiten zu beklagen. Das heißt nicht, dass man nichts umverteilen sollte. Es gibt Armut, es gibt viel zu tun. Aber damit man umverteilen kann, muss man erst erfolgreich wirtschaften. Je reicher wir sind, desto mehr können wir tun. Je gleicher wir sind, desto weniger lohnt sich das Tun.

5) [Erfolgreiches Wirtschaften braucht Ungleichheit – WELT](#)

„Füttert die Pferde, dann haben die Spatzen zu Fressen“

Der Reichtum, der zunehmende Reichtum von Wenigen wird zur Bedingung gemacht dafür, einer steigenden Anzahl von Menschen das im Wortsinne „Notwendige“ zukommen zu lassen. Und darüber, was dieses „Notwendige sein soll, wird noch heftigst gestritten.



Karikatur: Klaus Stüttmann

Und jetzt bloß keine Neiddebatte!



Quelle:

<https://www.bol.com/nl/nl/p/lob-der-ungleichheit/9200000045884218/>

Beschreibung des Verlags:

Die Forderung nach Gleichheit ist heute allgegenwärtig. An die Quellen des Strebens nach Gleichheit führt uns Dagmar Schulze Heuling.⁶⁾ Auf intellektuell charmante Weise zeigt sie auf, dass erstens Freiheit und Gleichheit unvereinbar sind, zweitens Gleichheit niemals erreichbar ist, und drittens Gleichheit und Gerechtigkeit nicht miteinander verbunden sind. Einen Ausweg hat die Berliner Politikwissenschaftlerin parat: Wer Freiheit will, muss Ungleichheit wollen. Wer (mehr) Gleichheit will, muss Unfreiheit wollen und durchsetzen. Wer Wohlstand will, braucht Freiheit und Ungleichheit.

6) [Dr. Dagmar Schulze Heuling - Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie/Schaal \(hsu-hh.de\)](http://www.hsu-hh.de/politikwissenschaft/)

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Ungleichheit

Dagmar Schulze Heuling

GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS

„Intuitiv erscheint Gleichheit als Lösung für Probleme von Armut bis Entrechtung, von Missbrauch bis Mobbing. Doch diese Analyse ist falsch, der intuitive Schluss ist ein Trugschluss. Das lässt sich mit einem einfachen Gedankenexperiment leicht nachvollziehen. Wäre tatsächlich Gleichheit das wichtigste Ziel, dann müsste die Welt ja in Ordnung sein, wenn fortan nicht nur einige, sondern alle Menschen verhungerten. So grausam diese Vorstellung ist, es lässt sich nicht bezweifeln, dass in einer solchen Situation vollkommene Gleichheit herrscht. Hautfarbe, Herkunft, Vermögen, Behinderung, Geschlecht – nichts spielt mehr eine Rolle. Doch trotz der perfekten Gleichheit empfinden wir diese Aussicht als schrecklich, als ein großes Übel, das es nach Kräften zu verhindern gilt. Offenbar stimmt also die einfache Formel, dass mehr Gleichheit zu einer besseren Welt führt, nicht.“ 7)

Welchen Zweck hat dieses absurde und perfide „Gedankenexperiment“?

Aus den gleichen Gründen, aus denen Brunowsky Gleichheit als ein Überbleibsel kommunistischer Ideologien und ebenso wie sie als Gegensatz zu Freiheit diffamiert, verbindet Schulze Heuling Gleichheit mit Verhungern:

1. um die Forderung nach Gleichheit oder weniger Ungleichheit zu diskreditieren,
2. um die (wachsende) Ungleichheit zu rechtfertigen und
3. um von dem entscheidenden Zusammenhang abzulenken:

**„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah`n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“**

Bertolt Brecht, (Werk: Kindergedicht "Alfabet")

7) 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE „Ungleichheit“
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Beilage zur Wochenzeitung
Das **Parlament**; Dagmar Schulze Heuling GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS, Seite 11–16



Forum Freie Gesellschaft

„Forum Freie Gesellschaft ist eine Internetplattform, die für eine Ordnung der Freiheit und Vielfalt wirbt. Die Autoren setzen sich mit Analysen und Kommentaren für eine freie Gesellschaft und freie Märkte ein.“

Der Gründer von „Forum Freie Gesellschaft“, Michael von Prollius, hat „EIN LIBERALES MANIFEST“ 8) verfasst.

Daraus zwei kurze Zitate:

- Der Minimalstaat ist das Maximum, . . .
- Liberalein ist kein Versprechen. Liberale versprechen weder, dass jeder Mensch sich optimal entwickeln kann, noch dass es hinreichende Bedingungen geben muss oder auch nur geben könnte, damit sich jeder Mensch in Freiheit gut entwickeln kann.

Im „STRUKTURPAPIER #2, POLITIK-REFORM JETZT: LEBENSBEDINGUNGEN VERBESSERN!“ 9) schreibt er

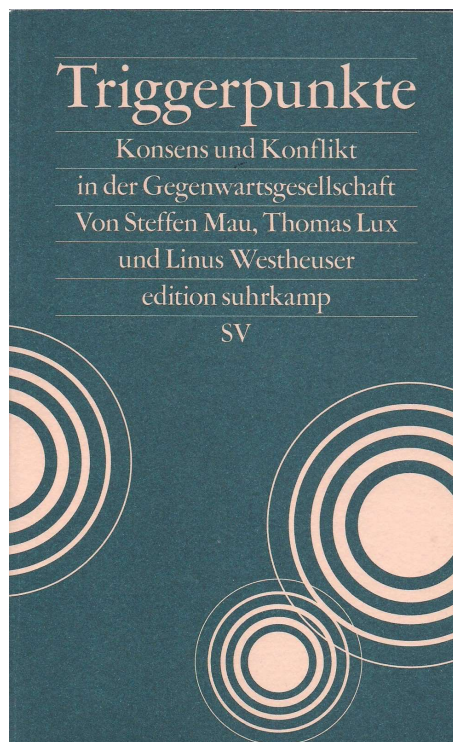
„Der Staat hat nur einen Zweck: Der Staat dient mit seinen Institutionen und seinen Angehörigen den Bürgern und trägt zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bei. Eigentlich können die Bürger das mit ihren Unternehmen und Vereinen fast vollständig selbst. Nur der Bereich Sicherheit mit Frieden im Innern und nach außen bedarf auch in konsequent liberaler Sicht eines Gewaltmonopolisten. Nicht, weil der Staat es besser kann, sondern um einen destruktiven Gewaltwettbewerb zu verhindern.“

Links

- [Liberales Institut \(Schweiz\)](#)
- [Library of Economics and Liberty](#)
- [Cafe Hayek](#)
- [Econtalk](#)
- [Ludwig von Mises Institut Deutschland](#)
- [Coordinationproblem](#)
- [Prometheus Institut](#)
- [mises.de](#)
- [Foundation for Economic Education](#)
- [Rothbard Institut für Ideologiekritik](#)

8) [Liberales Manifest – Forum Freie Gesellschaft \(forum-freie-gesellschaft.de\)](#)

9) [FFG_Struktur-Papier_20210411_Politikreform.docx \(forum-freie-gesellschaft.de\)](#)



„Hauptsächlich angetrieben wird die *Thematisierung von Ungleichheit durch Konflikte*, also Momente, in denen Kritik an Ungleichheiten und ihre absichernde Legitimierung aufeinanderprallen. In diesen Situationen wird nicht nur das Leiden an ungleichen Verhältnissen beredt, auch der Status quo muss expliziert und verteidigt werden. Wo es vom Standpunkt der Legitimation aus eigentlich nichts zu sehen gibt als den normalen Lauf der Welt, skandalisieren Kritikerinnen vermeidbares Unrecht, das gegen kollektive Selbstverständnisse oder legitime Interessen verstößt. Wo immer solche Kritik so laut wird, dass sie nicht mehr ignoriert werden kann, zwingt sie auch ihr Gegenüber in eine Positionierung. Eingespielte und unter der Hand naturalisierte Arrangements müssen, einmal unter Begründungsdruck geraten, ihrerseits argumentativ verteidigt werden. Es gilt, Gleichheitsansprüche abzuwehren, Ungleichheiten als moralisch gerechtfertigt, historisch gewachsen oder funktional notwendig zu beschreiben, oder mindest den Versuch ihrer Korrektur als vergeblichen Aufwand zu verwerfen. Sowohl Kritik als auch Legitimation sind Formen der Thematisierung von Ungleichheit. Wo sie sich - in *Ungleichheitskonflikten* - aufeinander beziehen, manifestieren sich zentrale Strukturprinzipien der Gesellschaft und die Flugbahnen sozialer Transformationen.

Konflikte werden gesellschaftlich hergestellt – sie werden entfacht, getriggert und angespitzt. Damit sind sie kein sozialer Fakt, der einfach so gegeben ist. Politische und soziale Dynamiken spielen eine wichtige Rolle, denn nur, wenn Auseinandersetzungen in den Medien vorkommen, werden sie in der Breite der Bevölkerung als bedeutsam wahrgenommen. Ob und wie wir die Gesellschaft als konfliktreich erleben, hat dann eben auch damit zu tun, wie die Meinungsverschiedenheiten aufbereitet und kommuniziert werden. Themenkonjunkturen, Mobilisierungsressourcen und neue Deutungshorizonte können den Streit „groß“ machen. Manche Konflikte erreichen erst breitere Aufmerksamkeit, wenn sich die Position der betroffenen Gruppen so weit verbessert, dass man sie nicht mehr ausblenden kann, weil sie mit am Tisch sitzen.“ 10)

10) [Triggerpunkte](#). Buch von Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser (Suhrkamp Verlag) , Seite 22 / 23

**IF YOU DON'T
HAVE A SEAT
AT THE TABLE,
YOU'RE PROBABLY
ON THE MENU.
-Elizabeth Warren**

**„Wenn Sie keinen Platz am Tisch haben,
stehen Sie wahrscheinlich auf der Speisekarte“**

Elizabeth Warren 11)

11) Elizabeth Ann Warren ist eine amerikanische Juristin und Politikerin der Demokratischen Partei



BERICHT ZUR WELTWEITEN UNGLEICHHEIT 2022 KURZZUSAMMENFASSUNG 10)

Zuverlässige Ungleichheitsdaten als globales öffentliches Gut

„Wir leben in einer datenreichen Welt und dennoch fehlen uns grundlegende Informationen über Ungleichheit.

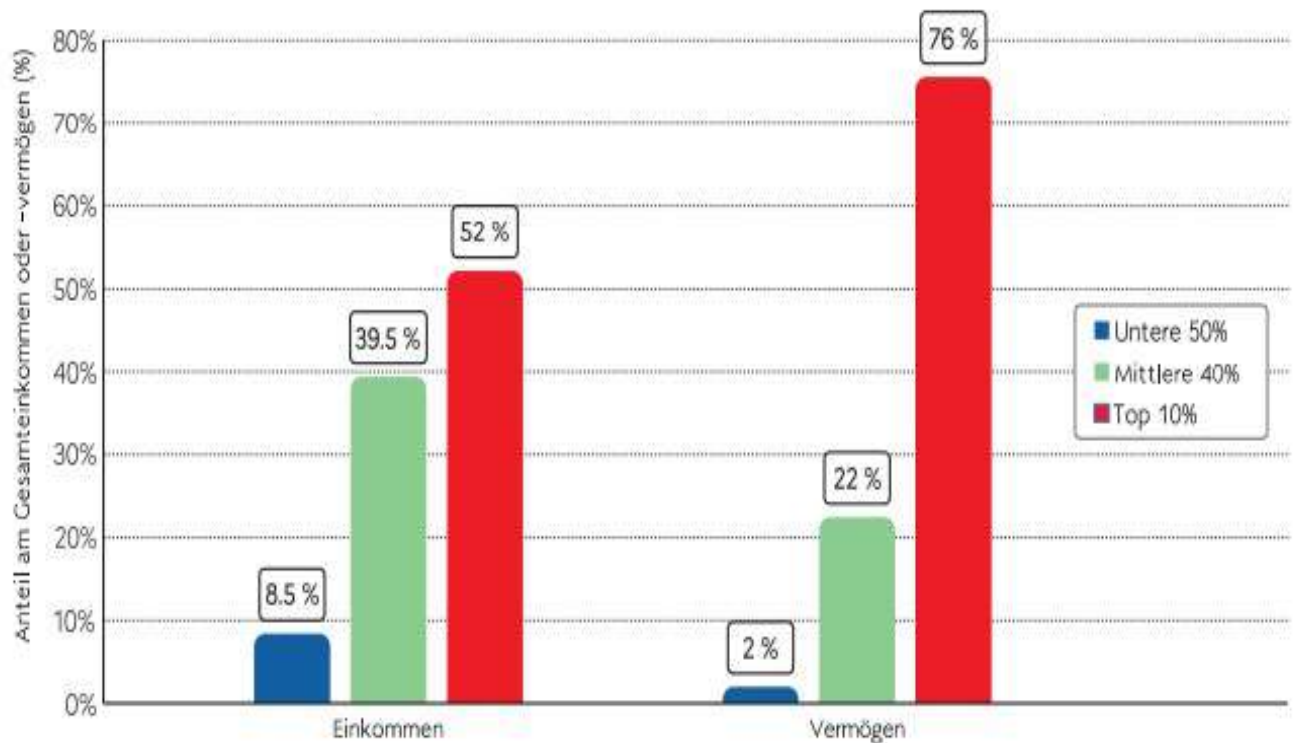
Zahlen zum Wirtschaftswachstum werden jedes Jahr von Regierungen auf der ganzen Welt veröffentlicht, aber sie sagen uns nicht, wie das Wachstum in der Bevölkerung verteilt ist – wer gewinnt und wer verliert durch die Wirtschaftspolitik.

Der Zugang zu solchen Daten ist für die Demokratie von entscheidender Bedeutung. Über Einkommen und Vermögen hinaus ist es ebenso entscheidend, weitere Dimensionen sozioökonomischer Ungleichheit zu messen und zu überwachen, einschließlich geschlechtsspezifischer und ökologischer Ungleichheiten. Öffentlich zugängliche, transparente und zuverlässige Informationen über Ungleichheit sind ein globales öffentliches Gut.

Dieser Bericht präsentiert den aktuellen Stand der internationalen Forschungsbemühungen zur Messung globaler Ungleichheiten. Die hier präsentierten Daten und Analysen basieren auf der Arbeit von mehr als 100 Forscher*innen auf allen Kontinenten, die über einen Zeitraum von vier Jahren zur Welt-Ungleichheits-Datenbank (WID.world) beigetragen haben, die vom Welt-Ungleichheits-Labor verwaltet wird. Dieses umfangreiche Netzwerk arbeitet mit statistischen Ämtern, Steuerbehörden, Universitäten und internationalen Organisationen zusammen, um international vergleichbare Ungleichheitsdaten aufzubereiten, zu analysieren und zu verbreiten.“

12) Quelle: [Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf \(wid.world\)](#)

Abbildung 1 Globale Einkommens- und Vermögensungleichheit 2021



Die gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensungleichheiten sind sehr groß.

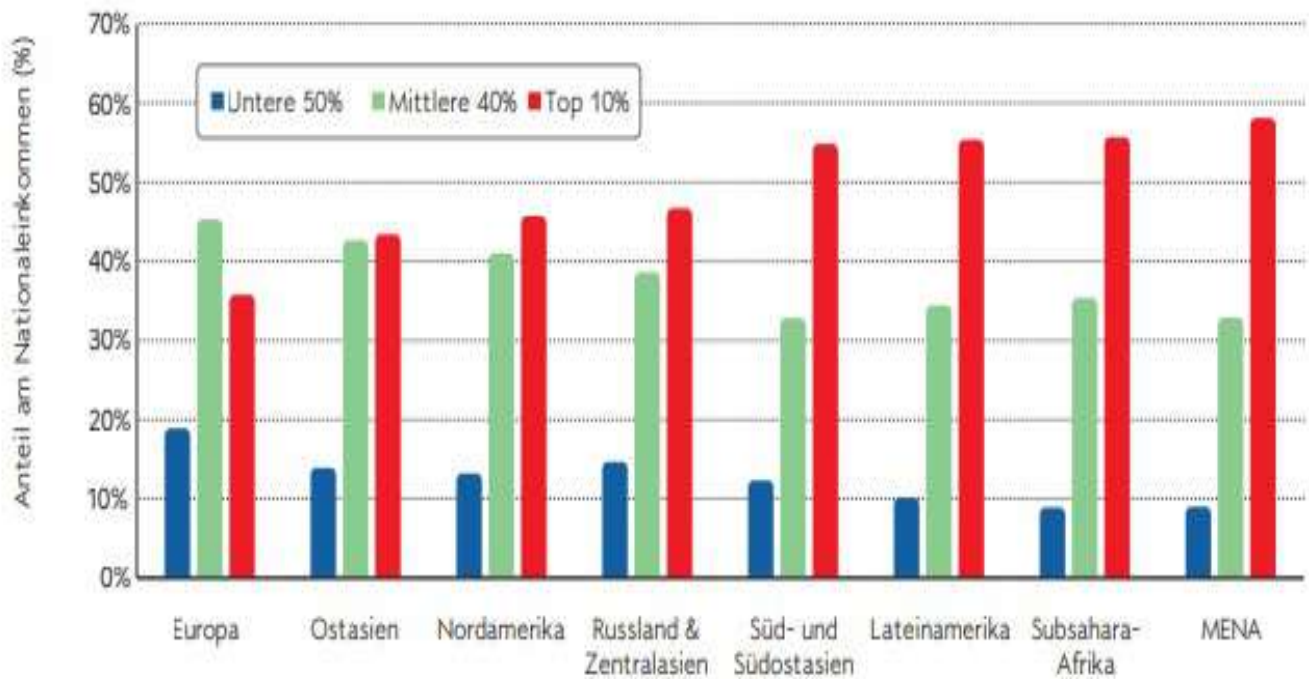
Die weltweit einkommensschwächsten 50% erhalten 8,5% des Gesamteinkommens, gemessen in Kaufkraftparität (KKP).

Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt 2% des weltweiten Vermögens (in Kaufkraftparität). Die weltweit reichsten 10% besitzen 76% des gesamten Haushaltsvermögens und beziehen im Jahr 2021 52% des Gesamteinkommens.

Topvermögende sind nicht unbedingt die Bezieher*innen von Spitzeneinkommen. Einkommen werden nach Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und Erhalt von Sozialversicherungsleistungen, jedoch vor Steuern und bedarfsgeprüften Transfers, gemessen.

Quellen und Datenreihen: www.wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 2 Die ärmste Hälfte hinkt hinterher: weltweite Einkommensanteile der unteren 50%, mittleren 40% und oberen 10% im Jahr 2021



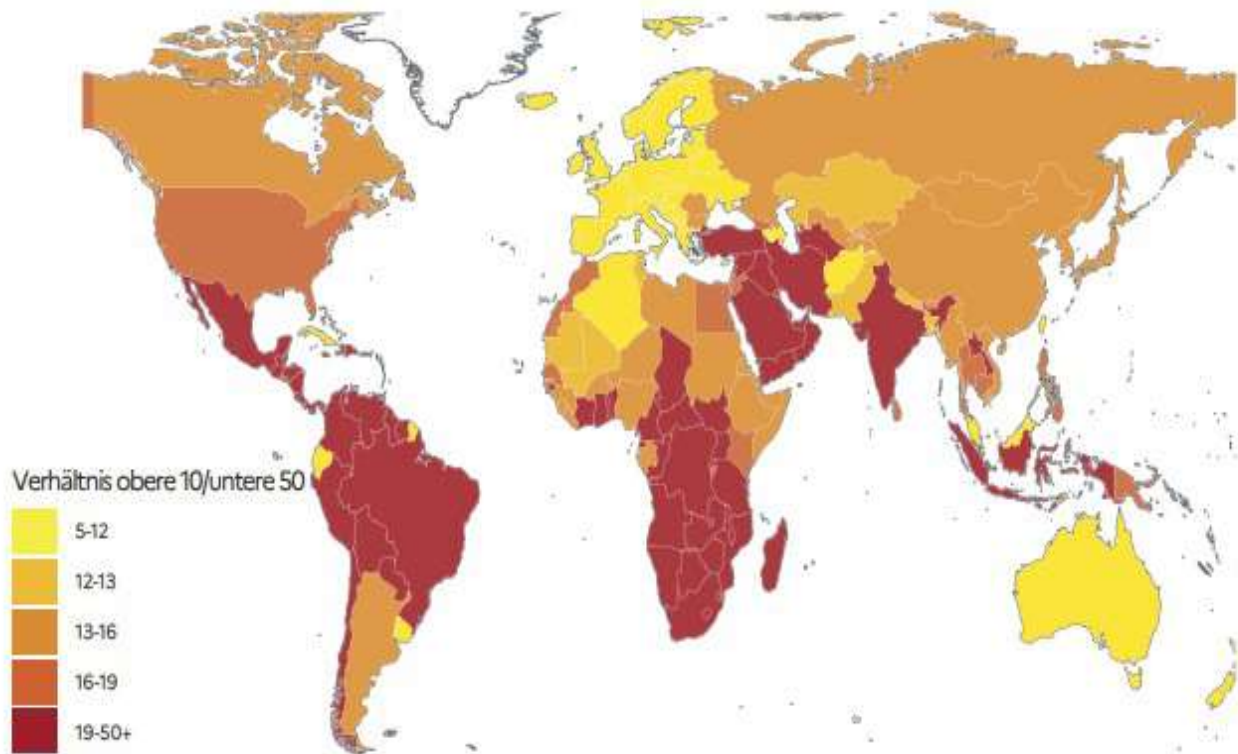
MENA (Naher Osten und Nordafrika) ist die ungleichste Region der Welt, Europa hat die geringste Ungleichheit

Das Schaubild zeigt das Niveau der Einkommensungleichheit in den verschiedenen Weltregionen. Die Ungleichheit variiert erheblich zwischen der einkommensgleichsten Region (Europa) und der Region mit der höchsten Ungleichheit (Naher Osten und Nordafrika, kurz MENA)

In Europa beträgt der Einkommensanteil der einkommensstärksten 10% etwa 36%, während er in der MENA-Region 58% erreicht. Zwischen diesen beiden Werten sehen wir eine Vielfalt von Ungleichheitsniveaus. Die obersten 10% erhalten in Ostasien etwa 43% des Gesamteinkommens und in Lateinamerika 55%.

Quellen und Datenreihen: www.wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 3 Einkommensverhältnis der oberen 10% und der unteren 50% weltweit, 2021



Das durchschnittliche Nationaleinkommen sagt wenig über Ungleichheit aus

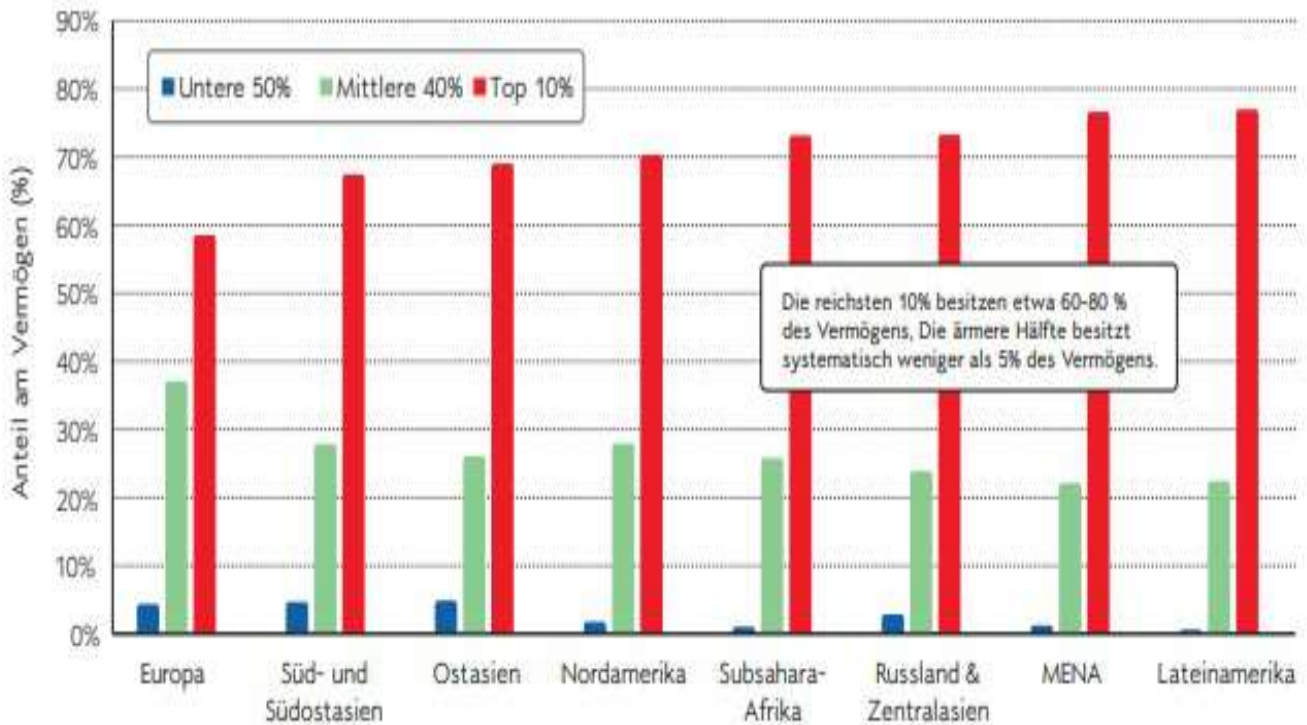
Die Weltkarte der Ungleichheit zeigt, dass die durchschnittlichen nationalen Einkommensniveaus schlechte Indikatoren für Ungleichheit sind: Unter den reichen Ländern sind einige sehr ungleich (wie die USA), während andere relativ gleich sind (z. B. Schweden).

Dasselbe gilt für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wobei verschiedene Länder Ungleichheiten auf extremem (z. B. Brasilien und Indien), hohem (z. B. China) oder moderatem bis relativ niedrigem Niveau (z. B. Malaysia, Uruguay) aufweisen.

In Brasilien verdienen die oberen 10% 29-mal mehr als die unteren 50% . In Frankreich beträgt dieser Faktor 7. Einkommen werden nach Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und Erhalt von Sozialversicherungsleistungen, jedoch vor Steuern und bedarfsgeprüften Transfers, gemessen.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 4 Extreme Kapitalkonzentration: Vermögensungleichheit weltweit, 2021



Ungleichheit ist eine politische Entscheidung, keine Zwangsläufigkeit.

Als Folge von Deregulierungs- und Liberalisierungsprogrammen, die in verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Form umgesetzt wurden, nehmen die Einkommens- und Vermögensungleichheiten seit den 1980er Jahren fast überall zu.

Dieser Anstieg verlief jedoch nicht einheitlich: In einigen Ländern hat die Ungleichheit spektakulär zugenommen (darunter die USA, Russland und Indien), während andere (europäische Länder und China) einen relativ geringeren Anstieg verzeichneten.

Die reichsten 10% in Lateinamerika halten 77% des gesamten Haushaltsvermögens.

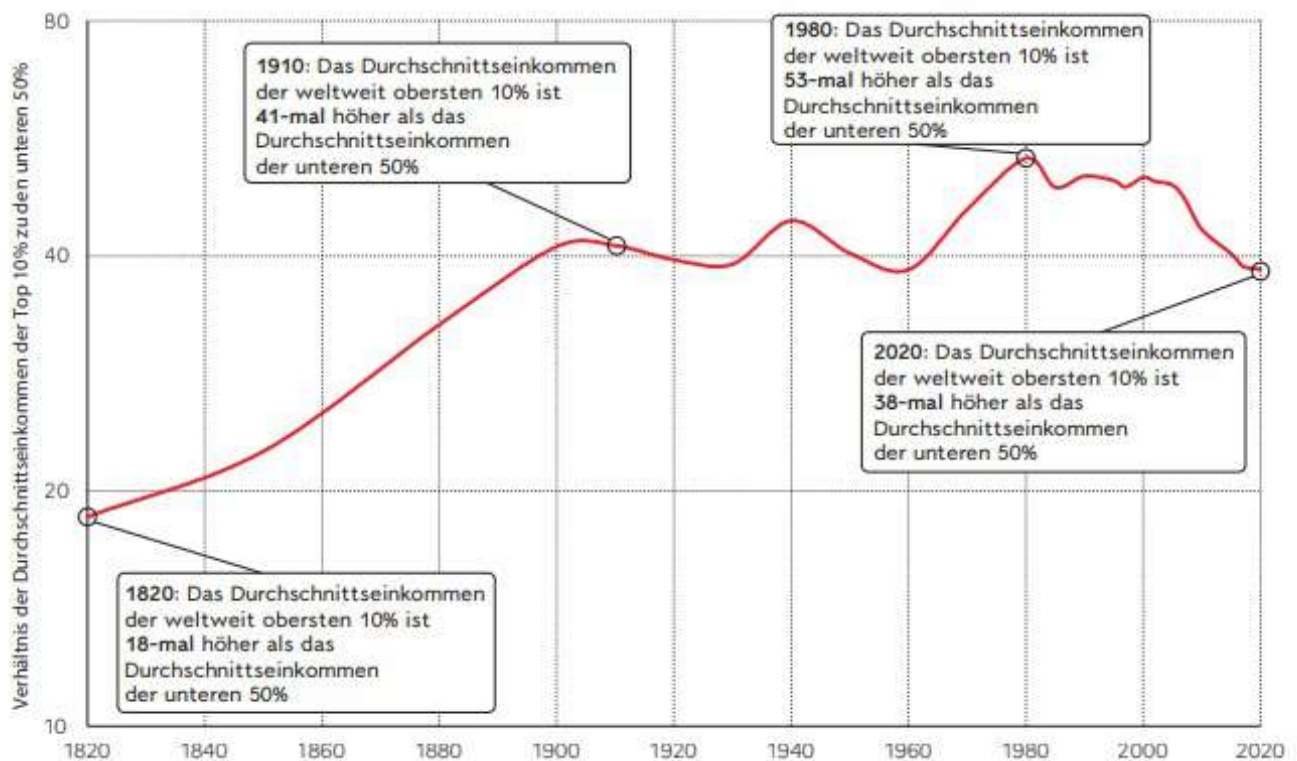
Im Vergleich besitzen die mittleren 40% 22% und die unteren 50% 1%.

In Europa besitzen die oberen 10% 58% des Gesamtvermögens, gegenüber 38% bei den mittleren 40% und 4% bei den unteren 50%

Diese Unterschiede bestätigen, dass Ungleichheit nicht unausweichlich, sondern eine politische Entscheidung ist.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 5 Globale Einkommensungleichheit: Einkommensverhältnis der obersten 10% zu den unteren 50%, 1820-2020



Die heutigen weltweiten Ungleichheiten entsprechen in etwa dem Niveau des frühen 20. Jahrhunderts, dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus

Während die Ungleichheit innerhalb der meisten Ländern zugenommen hat, ist die Ungleichheit zwischen den Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten zurückgegangen.

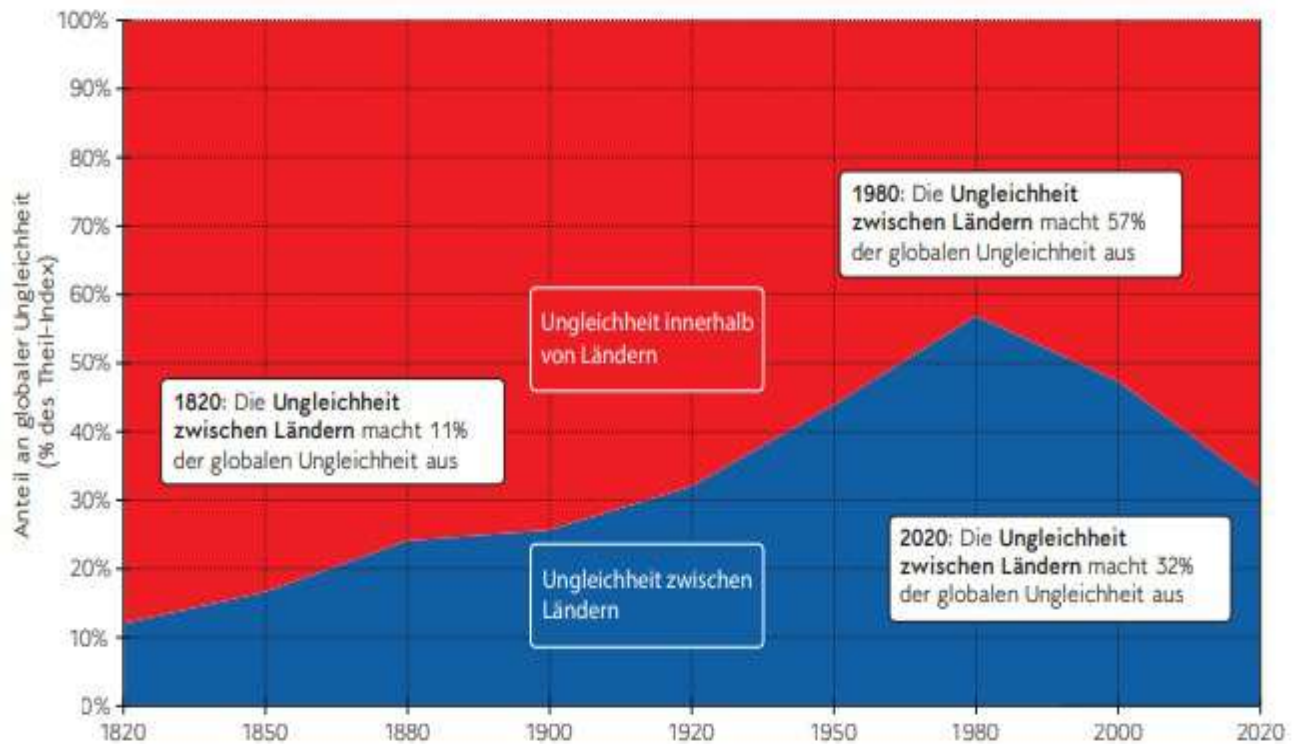
Die globale Ungleichheit, gemessen am Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der oberen 10% und dem durchschnittlichen Einkommen der unteren 50%, wurde zwischen 1820 und 1910 mehr als verdoppelt, von Faktor 18 auf Faktor 41, wurde zwischen 1960 und 1980 nochmals auf einen Faktor von 53 erhöht und nach dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 auf einen Faktor von 38 gesenkt.

Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob sich der seit 2008 beobachtete Rückgang der globalen Ungleichheit fortsetzen wird.

Einkommen werden pro Kopf nach Renten- und Arbeitslosenversicherungsleistungen und vor Einkommens- und Vermögenssteuern gemessen.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Chancel und Piketty (2021)

Abbildung 6 Globale Einkommensungleichheit: Ungleichheit zwischen und innerhalb von Ländern (Theil-Index), 1820-2020



Gleichzeitig nahmen die Ungleichheiten innerhalb von Ländern deutlich zu.

Der Abstand zwischen den durchschnittlichen Einkommen der obersten 10% und der untersten 50% innerhalb von Ländern hat sich von einem Faktor von 8,5 auf Faktor 15 fast verdoppelt.

Dieser starke Anstieg der Ungleichheiten innerhalb von Ländern hat dazu geführt, dass trotz des wirtschaftlichen Aufholprozesses und starken Wachstums in den Schwellenländern die Welt heute besonders ungleich ist. Dies bedeutet auch, dass Ungleichheiten innerhalb von Ländern jetzt noch größer sind als die zwischen den Ländern beobachteten erheblichen Ungleichheiten.

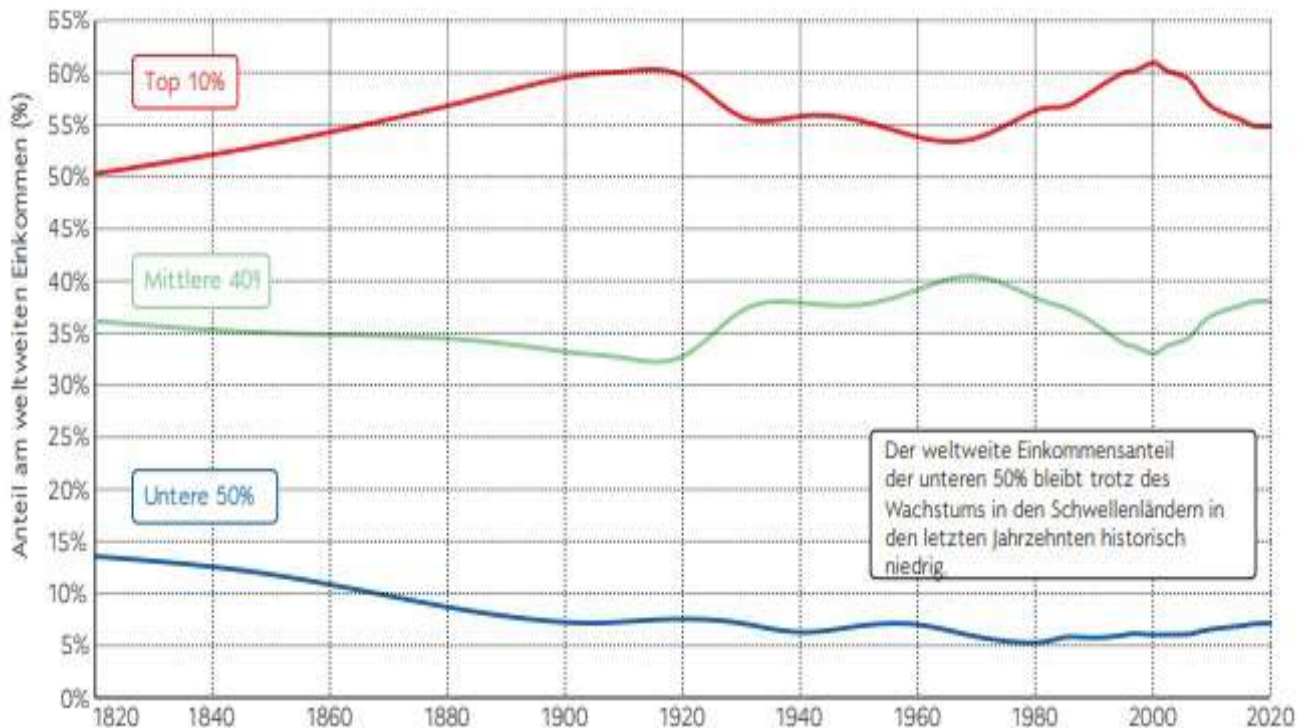
Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Chancel und Piketty (2021)



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Abbildung 7 Globale Einkommensungleichheit, 1820-2020



Die globalen Ungleichheiten scheinen heute ungefähr so groß zu sein wie auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Tatsächlich ist der Einkommensanteil der ärmsten Hälfte der Weltbevölkerung heute etwa halb so hoch wie im Jahr 1820, vor der großen Divergenz zwischen den westlichen Ländern und ihren Kolonien.

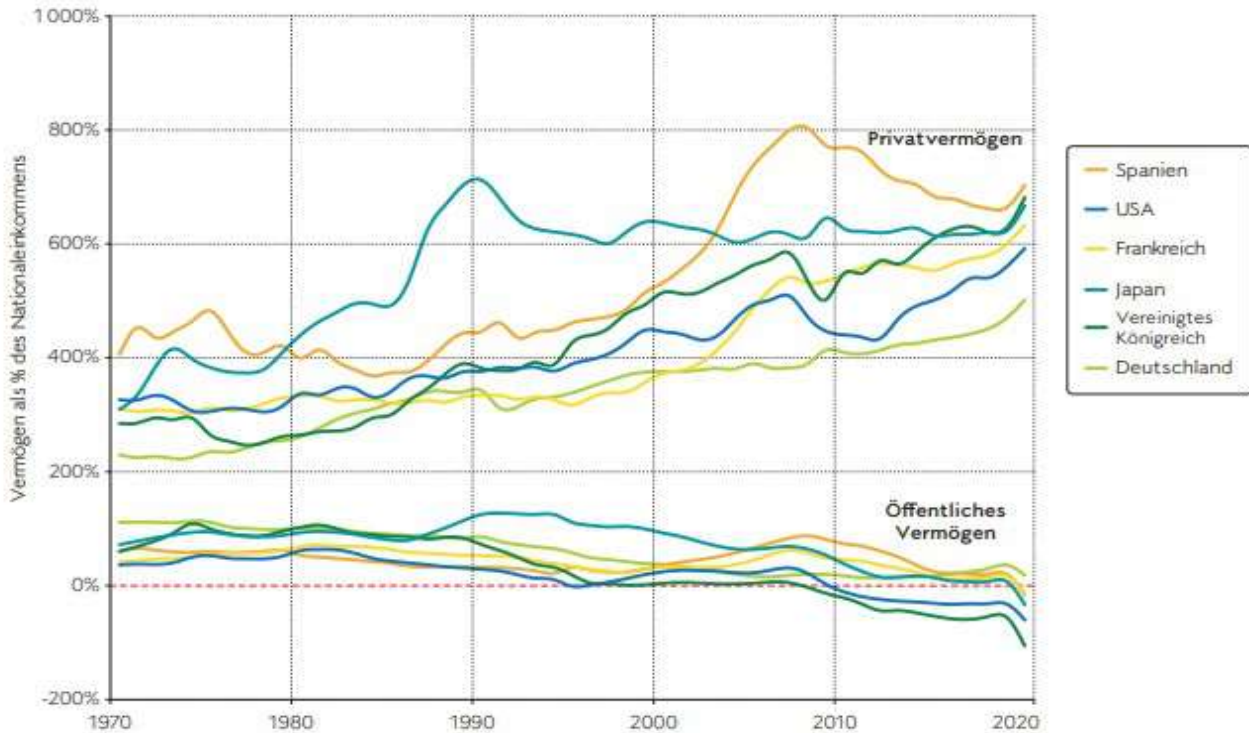
Mit anderen Worten, es ist noch ein weiter Weg, um die globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten zu beseitigen, die wir von der sehr ungleichen Organisation der Weltproduktion zwischen der Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts geerbt haben.

Der Anteil des weltweiten Einkommens, den die 10% mit den höchsten Einkommen weltweit erhalten, schwankte zwischen 1820 und 2020 zwischen 50% und 60%: (50% im Jahr 1820, 60% im Jahr 1910, 56% im Jahr 1980, 61% im Jahr 2000, 55% im Jahr 2020), während der Anteil der unteren 50% mit den niedrigsten Einkommen durchweg bei oder unter 10% lag: (14% im Jahr 1820, 7% im Jahr 1910, 5% im Jahr 1980, 6% im Jahr 2000, 7% im Jahr 2020).

Die globale Ungleichheit war schon immer sehr hoch. Sie stieg zwischen 1820 und 1910 und zeigt zwischen 1910 und 2020 keinen eindeutigen langfristigen Trend.

Quellen und Datenreihen: siehe wir2022.wid.world/methodology und Chancel und Piketty (2021)

Abbildung 8 Der Anstieg des Privatvermögens im Vergleich zum Rückgang des öffentlichen Vermögens in reichen Ländern, 1970-2020



Nationen sind reicher geworden, aber Regierungen ärmer

Eine Möglichkeit, diese Ungleichheiten besser zu verstehen, besteht darin, sich das Ungleichgewicht zwischen dem Nettovermögen von Regierungen und dem Nettovermögen des privaten Sektors anzusehen.

In den vergangenen 40 Jahren sind die Volkswirtschaften deutlich reicher geworden, Regierungen aber deutlich ärmer. Der Vermögensanteil öffentlicher Institutionen ist in reichen Ländern nahe null oder negativ.

Das öffentliche Vermögen umfasst alle finanziellen und nicht-finanziellen Vermögenswerte abzüglich Schulden, die von Regierungen gehalten werden.

Das öffentliche Vermögen ging im Vereinigten Königreich von 60% des Nationaleinkommens im Jahr 1970 auf -106% im Jahr 2020 zurück.

Das bedeutet, dass sich das gesamte Vermögen in privater Hand befindet. Dieser Trend wurde durch die Covid-Krise verstärkt, in der Regierungen zum Großteil vom privaten Sektor Kredite im Gegenwert von 10- 20% des Bruttoinlandsprodukts aufgenommen haben.

Das derzeit geringe Vermögen von Regierungen hat wichtige Auswirkungen auf die staatlichen Kapazitäten zur Verringerung von Ungleichheit in der Zukunft sowie auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie den Klimawandel.

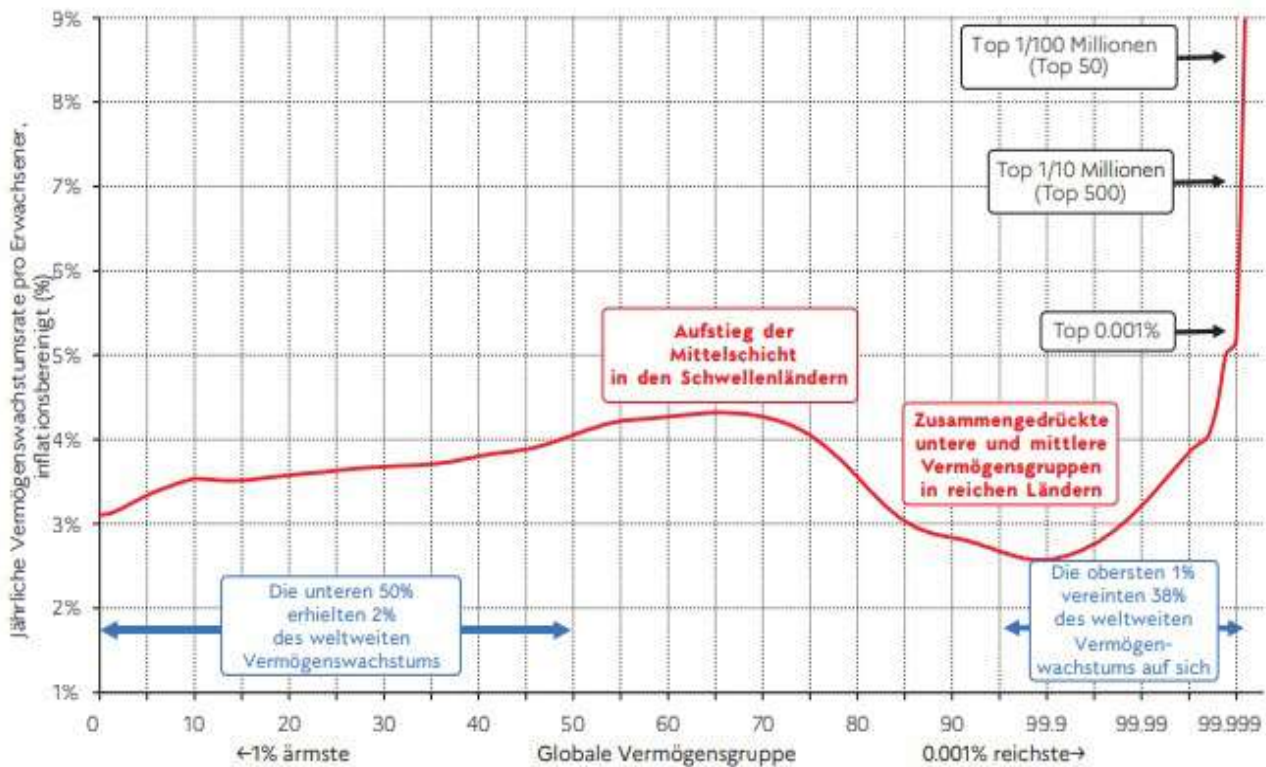
Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology, Bauluz et al. (2021) und Aktualisierungen



Karikatur: Klaus Stüttmann

Es gibt auch andere Theorien!

Abbildung 9 Durchschnittliche jährliche Vermögenswachstumsrate, 1995-2021



Die Vermögensungleichheit hat an der Spitze der Verteilung zugenommen

Der Anstieg des Privatvermögens war sowohl innerhalb von Ländern als auch auf globaler Ebene ungleich.

Globale Multimillionär*innen haben in den letzten Jahrzehnten einen überproportionalen Anteil des globalen Vermögenswachstums erhalten.

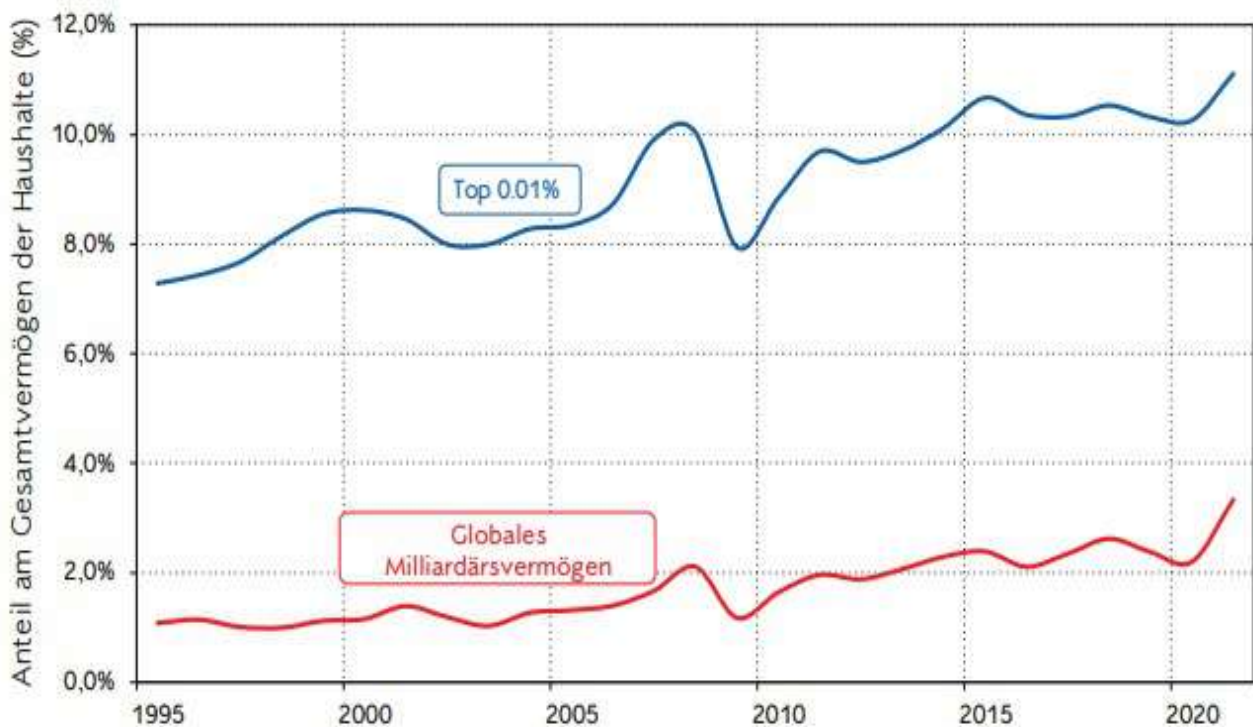
Den oberste 1% der Vermögenden floss 38% des gesamten seit Mitte der 1990er Jahre neu akkumulierten Vermögens zu, während die unteren 50% nur 2% davon erhielten.

Dieses Gefälle resultiert aus einer gravierenden Ungleichheit der Wachstumsraten zwischen den oberen und den unteren Segmenten der Vermögensverteilung.

Das Vermögen der reichsten Menschen der Welt ist seit 1995 um 6 bis 9% pro Jahr gewachsen, während das durchschnittliche Vermögen der gesamten Weltbevölkerung um 3,2 % pro Jahr gewachsen ist.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 10 Extreme Vermögensungleichheit: der Aufstieg globaler Milliardär*innen, 1995-2021



Extreme Vermögensungleichheit

Der von Milliardär*innen weltweit gehaltene Vermögensanteil stieg von 1% des gesamten Haushaltsvermögens im Jahr 1995 auf heute fast 3,5%.

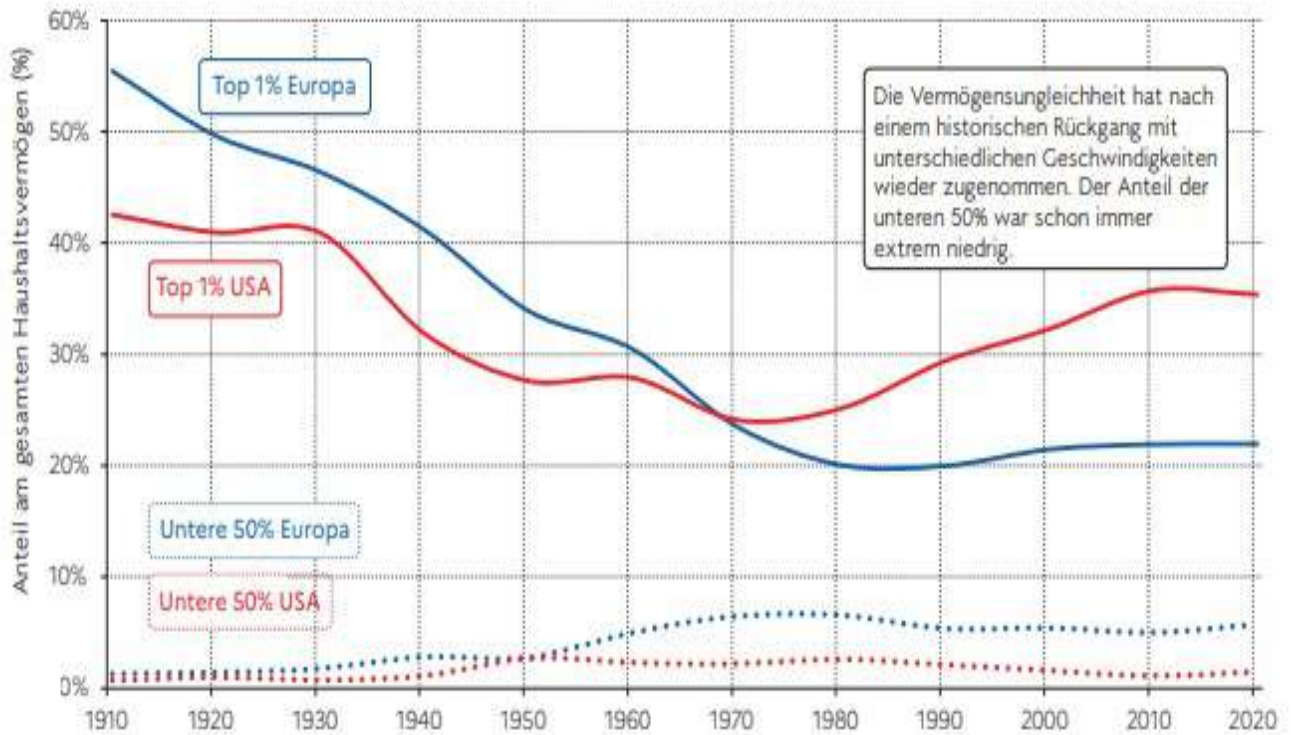
Die Vermögensschwelle der obersten 0,01 %, die sich aus 520.000 Erwachsenen zusammensetzen, ist von 693.000 € (KKP) im Jahr 1995 auf heute 16.666.000 € gestiegen.

Dieser Anstieg wurde während der COVID - Pandemie noch verstärkt. Tatsächlich markierte das Jahr 2020 den stärksten Anstieg des weltweiten Vermögensanteils von Milliardär*innen seit Beginn der Zeitreihe.

Das Nettovermögen der privaten Haushalte entspricht der Summe der finanziellen Vermögenswerte (z. B. Aktien oder Anleihen) und nicht-finanziellen Vermögenswerte (z. B. Wohneigentum oder Grundstücke), die sich im Besitz von Einzelpersonen befinden, abzüglich ihrer Schulden.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology, Bauluz et al. (2021) und Aktualisierungen

Abbildung 11 Vermögensanteile der obersten 1% gegenüber den unteren 50% in Westeuropa und den USA, 1910-2020



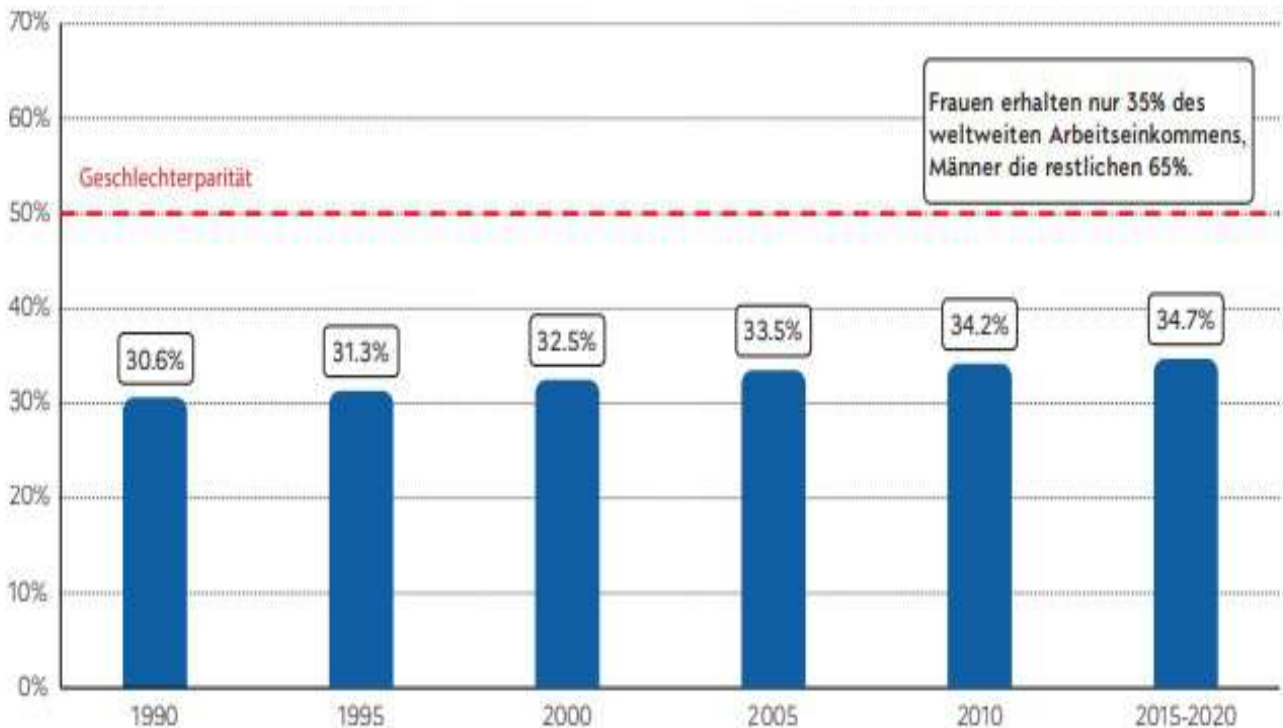
Die Vermögensungleichheit innerhalb von Ländern hat sich während eines Großteils des 20. Jahrhunderts verringert, aber der Anteil der unteren 50% war immer sehr gering

Die Vermögensungleichheit hat sich in den westlichen Industriestaaten zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und den 1980er Jahren deutlich verringert, aber die ärmste Hälfte der Bevölkerung in diesen Ländern besitzt seit jeher sehr wenig, genauer zwischen 2% und 7% des Gesamtvermögens.

In anderen Regionen ist der Anteil der unteren 50% sogar noch geringer. Diese Ergebnisse zeigen, dass in allen Regionen der Welt noch viel zu tun bleibt, wenn wir extreme Vermögensungleichheiten reduzieren wollen.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology

Abbildung 12 Anteil des von Frauen erwirtschafteten weltweiten Arbeitseinkommens, 1990-2020



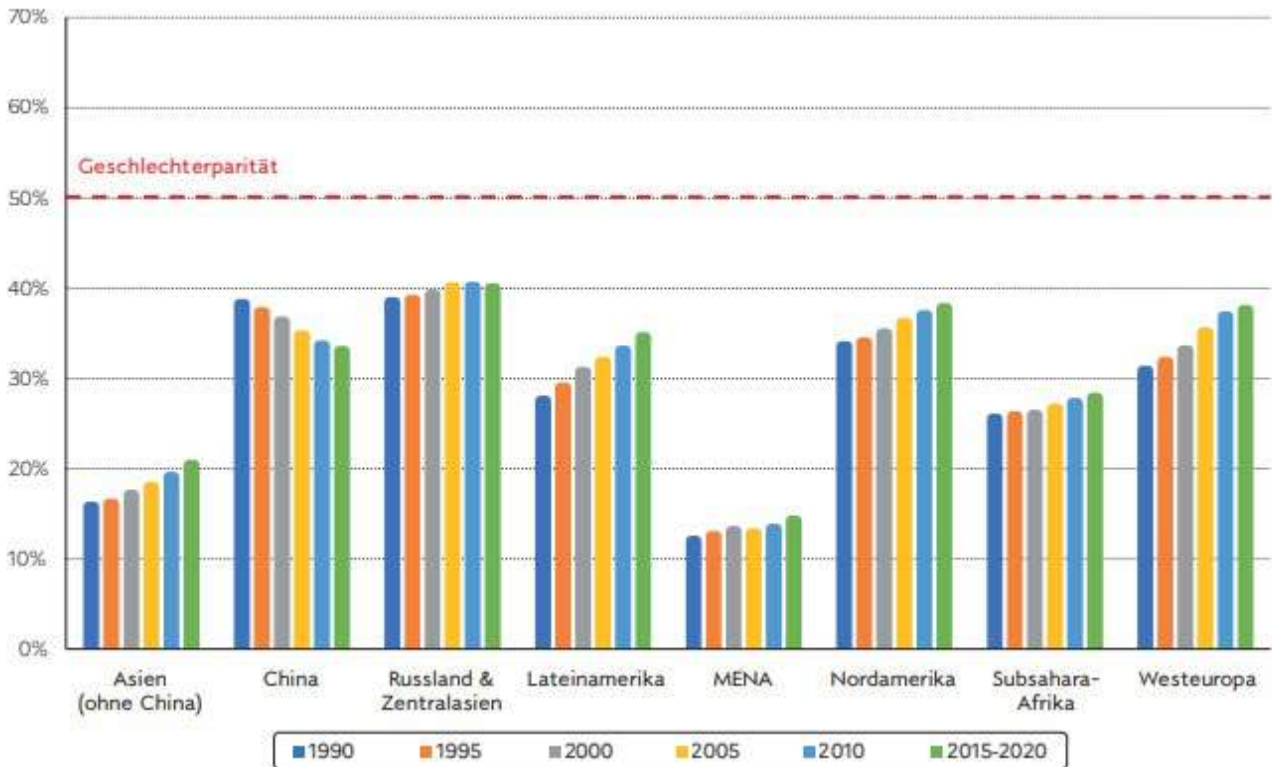
Geschlechterungleichheiten bleiben auf globaler Ebene nach wie vor beträchtlich.

Die Fortschritte innerhalb von Ländern sind zu langsam. Der Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022 liefert erste Schätzungen zur weltweiten Geschlechterungleichheit bei den Verdiensten.

Der Anteil des von Frauen erwirtschafteten Einkommens am weltweiten Arbeitseinkommen betrug im Zeitraum von 1990 - 1994 30,6% und lag im Zeitraum von 2015 - 2020 bei 34,7%. Heute erhalten Männer 65,3% des gesamten Arbeitseinkommens.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Neef und Robilliard (2021)

Abbildung 13 Anteil des von Frauen erwirtschafteten Arbeitseinkommens weltweit, 1990-2020



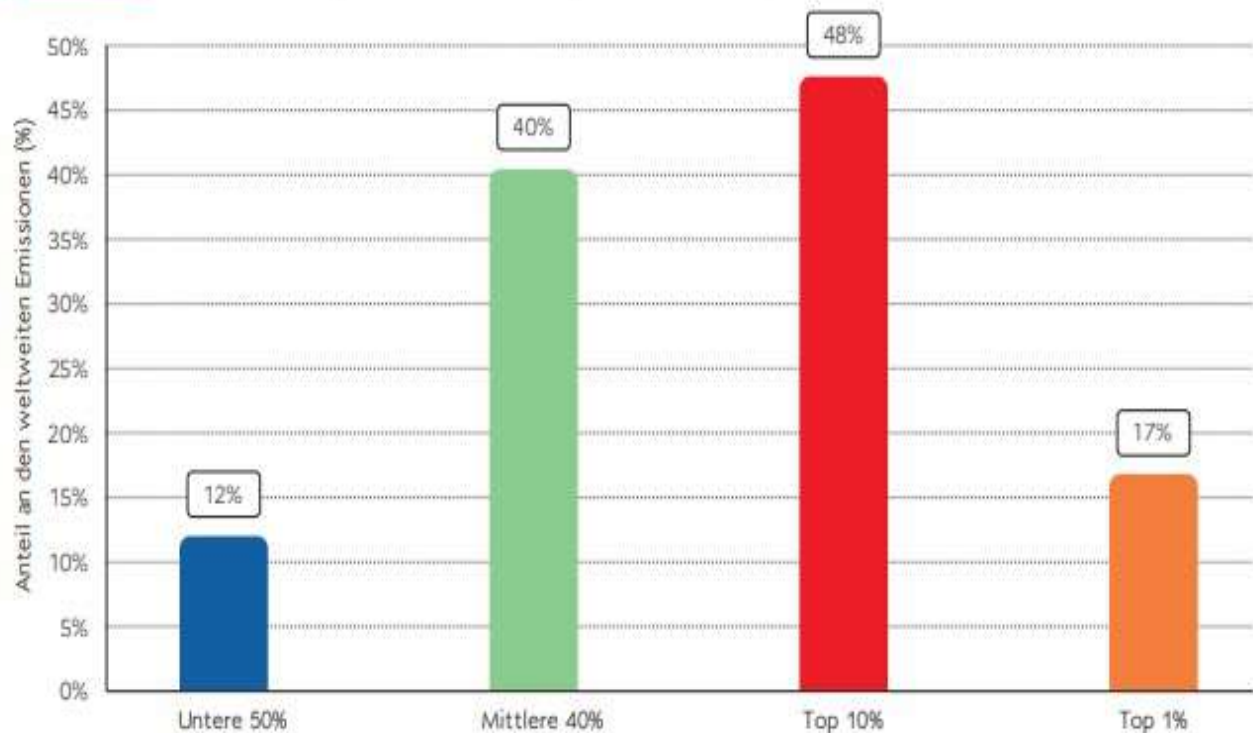
Die derzeitige Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nach wie vor sehr hoch

In einer Welt der Geschlechtergleichstellung würden Frauen 50% des globalen Arbeitseinkommens verdienen. In den letzten 30 Jahren waren die Fortschritte auf globaler Ebene sehr langsam.

Die Dynamik war von Land zu Land unterschiedlich, wobei einige Fortschritte und andere einen Rückgang des Anteils, den Frauen am Erwerbseinkommen erhalten, verzeichneten.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Neef und Robilliard (2021)

Abbildung 14 Globale CO₂-Ungleichheit, 2019. Beitrag verschiedener Gruppen zu den weltweiten Emissionen (%)



Globale Einkommens- und Vermögensungleichheiten sind eng mit ökologischen Ungleichheiten und ungleichen Beiträgen zum Klimawandel verbunden.

Der neuartige Datensatz zu Ungleichheiten bei den CO₂-Emissionen offenbart erhebliche Ungleichheiten auf globaler Ebene: Es gibt hohe Emittierenden in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und niedrige Emittenten in reichen Ländern.

Die obersten 10% der Emittierenden sind für 48% aller Emissionen verantwortlich, während die unteren 50% nur 12% der Gesamtemissionen produzieren.

Die Top 1% der Emittierenden sind mit 17% für deutlich mehr Emissionen verantwortlich als die die unteren 50% mit nur 12%.

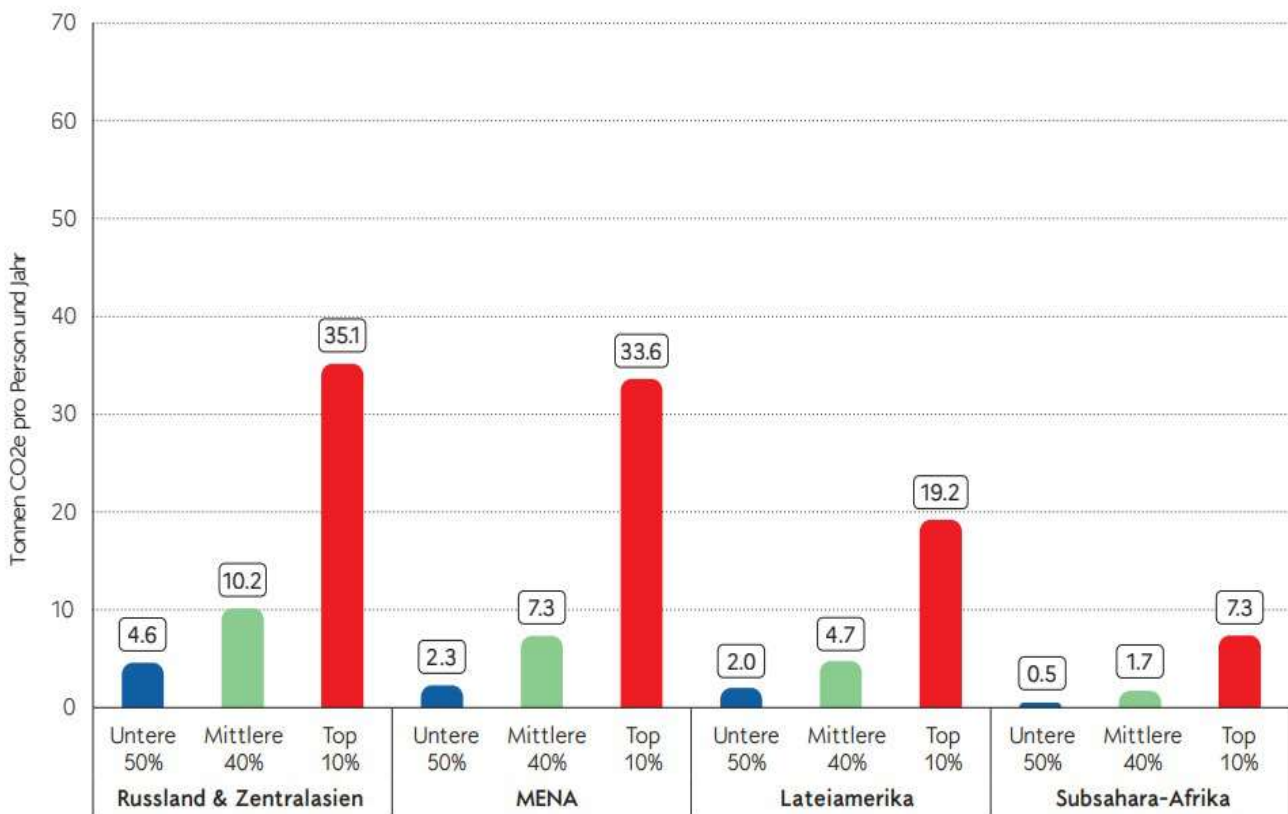
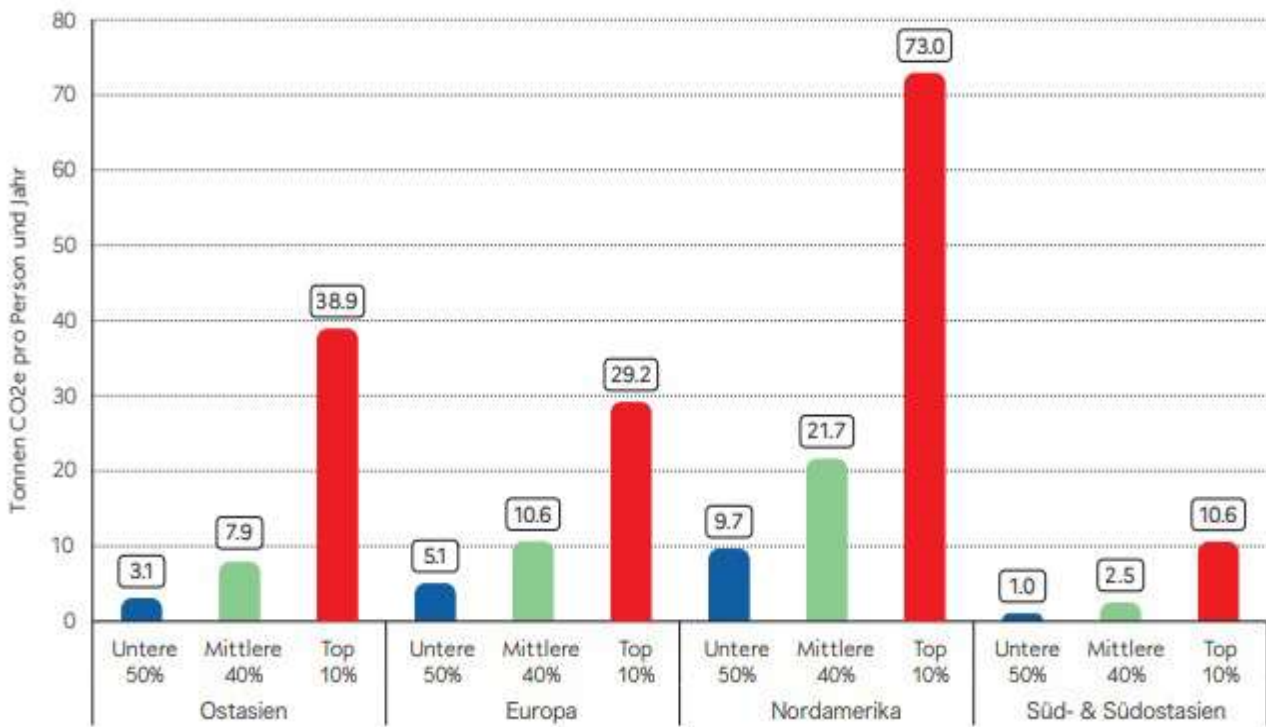
Der vorliegende Bericht zeigt auch, dass die ärmere Hälfte der Bevölkerung in reichen Ländern die Klimaziele der reichen Länder für 2030 bereits erreicht (oder fast) erreicht hat, wenn diese Ziele pro Kopf ausgedrückt werden.

Dies ist bei der oberen Hälfte der Bevölkerung nicht der Fall.

Große Ungleichheiten bei den Emissionen legen nahe, dass die Klimapolitik stärker wohlhabende Umweltverschmutzer*innen in den Blick nehmen sollte. Bislang haben Klimapolitiken wie CO₂-Steuern oft überproportional niedrige und mittlere Einkommensgruppen belastet, während die Konsumgewohnheiten der wohlhabendsten Gruppen unverändert blieben.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Chancel (2021)

Abbildung 15 Pro-Kopf-Emissionen weltweit, 2019



Die obigen beiden Schaubilder zeigen, dass es sich bei diesen Ungleichheiten nicht nur um ein Problem zwischen reichen und armen Ländern handelt. Es gibt hohe Emittierenden in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und niedrige Emittenten in reichen Ländern.

In Europa emittieren die unteren 50% der Bevölkerung etwa fünf Tonnen pro Jahr und Person; die unteren 50 % in Ostasien emittieren rund drei Tonnen und die unteren 50 % in Nordamerika rund 10 Tonnen.

Dies steht im krassen Gegensatz zu den Emissionen der obersten 10% in diesen Regionen (29 Tonnen in Europa, 39 in Ostasien und 73 in Nordamerika).

Der persönliche CO₂-Fußabdruck umfasst Emissionen aus dem Inlandsverbrauch, öffentlichen und privaten Investitionen sowie Importe und Exporte von CO₂, das in Waren und Dienstleistungen enthalten ist, die mit dem Rest der Welt gehandelt werden. Die hier gezeigten Schätzwerte basieren auf der systematischen Kombination von Steuerdaten, Haushaltsbefragungen und Input-Output-Tabellen. Es wird angenommen, dass Emissionen sich zu gleichen Teilen auf alle Mitglieder eines Haushalts verteilen.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Chancel (2021)

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Ungleichheit

THERESA NEEF · LUCAS CHANCEL

WIE UNGLEICH IST DIE WELT? ERGEBNISSE DES WORLD INEQUALITY REPORT 13)

Deutschland im Vergleich

Hinsichtlich der Vermögenskonzentration hat sich Deutschland im Laufe des 20. Jahrhunderts von einem der relativ gleichsten europäischen Länder (für die uns Daten vorliegen) zum ungleichsten entwickelt.

Nach einem Rückgang der Ungleichheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit übertraf die Einkommenskonzentration bei den obersten 1 Prozent bald wieder das Vorkriegsniveau. Dies steht im Widerspruch zu der weitverbreiteten Ansicht, dass die soziale Marktwirtschaft das Niveau der Ungleichheit niedrig gehalten habe.

Seit Ende der 1990er Jahre nahm die Ungleichheit wieder rasch zu.

Mitte der 1990er Jahre verdienten die oberen 10 Prozent kaum mehr als 30 Prozent des Gesamteinkommens, heute beträgt der Anteil wieder etwa 40 Prozent. Auf die Hälfte der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen entfällt weniger als 20 Prozent des Gesamteinkommens.

Die Einkommenskonzentration bei den obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher*innen ist damit heute etwa genauso hoch wie um 1900.

Deutschland gehört heute zu den europäischen Ländern mit der höchsten Einkommens- und Vermögenskonzentration. Heute besitzen die reichsten 1 Prozent in Deutschland fast 30 Prozent des gesamten Privatvermögens.

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland zudem einer der größten CO₂-Emittenten: Während der durchschnittliche "Fußabdruck" in der EU 9,5 Tonnen CO₂ pro Kopf beträgt, liegt er in Deutschland bei über 11 Tonnen.

13) 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE Ungleichheit ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Beilage zur Wochenzeitung THERESA NEEF · LUCAS CHANCEL WIE UNGLEICH IST DIE WELT? ERGEBNISSE DES WORLD INEQUALITY REPORT, Seite 29–39

Wir sollen unseren
Herbst- und Weihnachtsurlaub
mal ausnahmsweise in
Deutschland verbringen,
sagt der Spahn!

Niemals! Auf meinen
Flug zu den Kanaren und
meine Kreuzfahrt zu den
Lofoten bestehe ich!!



Karikatur: Klaus Stüttmann

Uneinsichtiges Pack!



Die Einleitung in diesem Sammelbandes der Otto Brenner Stiftung, trägt die Überschrift:

„Große Transformation geht nur demokratisch gut“ 14)

Darin schreiben die Autoren Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden:

„Niemand mit intakten Sinnen und einem funktionierenden Gedächtnis wird in Abrede stellen, dass die gesellschaftliche Organisation der Arbeit, wie sie sich im Zuge der industriellen Revolution etabliert hat und gegenwärtig via Globalisierung und Digitalisierung expandiert, die Lebensmöglichkeiten sehr vieler Menschen wesentlich verbessert und auf ein vorher unvorstellbares Niveau gehoben hat.

Niemand mit einem Minimum an sozialer und ökologischer Sensibilität kann bestreiten, dass die quantitativen und qualitativen Zuwächse an Leistung und Konsum auf eine Weise erreicht wurden und werden,

- die Vorteile und Wohlstandsgewinne, Nachteile und Verelendungsgefahren höchst ungleich verteilt,
- die Arbeitskräfte ausbeutet, deren Gesundheit, letztlich deren Leben beschädigt
- und in der natürlichen Umwelt Zerstörungen anrichtet, die inzwischen das pflanzliche, tierische und menschliche Leben auf dem Planeten elementar bedrohen.

Die Frage nach der Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit stellt sich dem/der achtsamen Beobachter:in am Beginn des 21. Jahrhunderts so dringlich und grundsätzlich, dass es verwundert, wie groß die öffentliche Bereitschaft zu sein scheint, sie auf der Agenda nachrangig einzuordnen und sich mit Hoffnungen auf Künstliche Intelligenz, algorithmische Antworten und Ausflüge ins Universum zu beruhigen.

Ein entscheidender Grund für die auffällige Verdrängungsbereitschaft dürfte sein, dass die Entscheidungsträger:innen in Wirtschaft und Politik weitgehend auf der Seite der Nutznießer:innen der heutigen Arbeits- und Wirtschaftsweise versammelt sind, während sich die schlimmen Folgen von Krisen und Katastrophen vor allem auf der Seite der Ohnmächtigen ausbreiten.“

14) Quelle: [2022_OBS_Sammelband_Arbeit_WEB.pdf \(otto-brenner-stiftung.de\)](#), Seite 9 - 19

**»Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrien sich zu ihre Erfahrungen
Wie man schneller sägen konnte, und fuhren
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen
Schüttelten die Köpfe beim Sägen und
Sägten weiter.«**

**Bertolt Brecht
(Exil III)**

Quelle: Bertolt Brecht,
Gesammelte Werke 9, Gedichte 2,
Gedichte 1933 - 1938, Seite 556



Karikatur: Martin Erl

„Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags

Lea Elsässer · Svenja Hense · Armin Schäfer

Dass es sich bei der festgestellten auffälligen Verdrängungsbereitschaft der Entscheidungsträger:innen in Wirtschaft und Politik um mehr als um Vermutungen handelt, belegen die Wissenschaftler:innen Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer 15)

In der **Zusammenfassung** ihres Aufsatzes schreiben sie:

„Wenn in einer Demokratie die Politik systematisch den politischen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen folgt, wohingegen die anderer missachtet werden, wird der Grundsatz politischer Gleichheit beschädigt. Die neue Responsivitätsforschung untersucht, ob politische Entscheidungen mit dem Willen der Bürger_innen übereinstimmen und wenn ja, wessen Meinungen umgesetzt werden. Dabei zeigt sich in den USA eine deutlich selektive Responsivität der Politik zulasten der Armen. Wir untersuchen erstmals, ob in Deutschland ähnliche Muster in der politischen Responsivität wie in den USA festzustellen sind. Dazu werten wir 252 in den DeutschlandTrend-Umfragen gestellte Sachfragen für den Zeitraum von 1998 bis 2013 aus. Die Fragen beziehen sich auf zum Zeitpunkt der Erhebung diskutierte Politikänderungen und Reformen aus einem breiten Spektrum politisch relevanter Themen.“

Diskussion der Ergebnisse

„Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass das Einkommen politische Meinungen beeinflusst. Einkommensarme Befragte wünschen sich in einer Vielzahl der Fälle andere Entscheidungen der Politik als ihre besser verdienenden Mitbürger_innen, dies gilt insbesondere für die Außen-, aber auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darüber hinaus konnten wir erstmals für Deutschland nachweisen, dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang. Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollten, hatte in den Jahren von 1998 bis 2015 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.“

In den Jahren von 1998 bis 2013 gab es drei Koalitionen, die bis 2005 von der SPD, danach durch die CDU geführt wurden. Um die Fallzahlen nicht zu stark zu reduzieren, unterteilen wir die Gesamtperiode nur in zwei Zeiträume, die die Schröder- und Merkel-Regierungen umfassen. Für diese beiden Vergleichszeiträume führen wir die gleichen Analysen wie zuvor durch. Auch bei dieser getrennten Analyse weicht das Muster nicht von den vorherigen Ergebnissen ab, wenngleich die Schätzung aufgrund der geringen Fallzahlen etwas ungenauer ausfällt. Aber sowohl bei den SPD- als auch den CDU-geführten Regierungen können einkommensschwache Gruppen nur dann hoffen, dass ihre Anliegen umgesetzt werden, wenn die Meinungsunterschiede zu der höchsten Einkommensgruppe gering sind. Weichen die Präferenzen stark voneinander ab, folgen die Regierungen den Bürger_innen mit hohem Einkommen.“

15) „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags | Zeitschrift für Politikwissenschaft (springer.com)

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

WSI-Verteilungsbericht 2023

Jan Brülle, Dorothee Spannagel

Die alltäglichen Erfahrungen und Möglichkeiten von Menschen in Deutschland hängen ganz entscheidend von ihrem Einkommen ab. Zu einem gesellschaftlichen Problem wird Einkommensungleichheit spätestens dann, wenn sie zu einer Entfremdung einzelner Gruppen vom demokratischen System beiträgt. Ausgehend von der anhaltend hohen Einkommensungleichheit zeichnet der Verteilungsbericht unterschiedliche Lebensrealitäten von Menschen nach und verdeutlicht: Wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen und das Vertrauen in das politische System verlieren, dann leidet darunter auch die Demokratie. 16)

16) EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE WSI-Verteilungsbericht 2023
[WSI Report Nr. 90, November 2023](#)

563 Euro Bürgergeld?!
Da lohnt sich doch die ganze
Maloch' nicht mehr!



Warum jetzt immer mehr Politiker aus ihren Ämtern aus-
scheiden und einfach nur noch das Leben genießen!

Karikatur: Klaus Stüttmann

Eine gerechte Welt auf einem sicheren Planeten: Studie quantifiziert erstmals Erdsystemgrenzen ¹⁷⁾

Die [Earth Commission](#) ist Teil des internationalen Forschungsprogramms [Future Earth](#) und Eckpfeiler der [Global Commons Alliance](#). Sie hat sichere und gerechte Grenzen für die Bereiche Klima, biologische Vielfalt, Eingriffe in Wassersysteme und verschiedene Arten der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung berechnet. Die meisten dieser Grenzen wurden bereits überschritten. Das stellt den Forschenden zufolge eine existenzielle Bedrohung für einen stabilen Planeten dar, für die Ökosysteme und ihre lebenswichtigen Leistungen für die Menschen.

"Wir befinden uns im Anthropozän und gefährden die Stabilität und Belastbarkeit des gesamten Planeten. Aus diesem Grund legen wir zum ersten Mal quantifizierbare Zahlen und eine fundierte wissenschaftliche Grundlage vor, um den Zustand unseres Planeten nicht nur im Hinblick auf die Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Erdsystems, sondern auch im Hinblick auf das menschliche Wohlergehen und Gerechtigkeit zu bewerten"

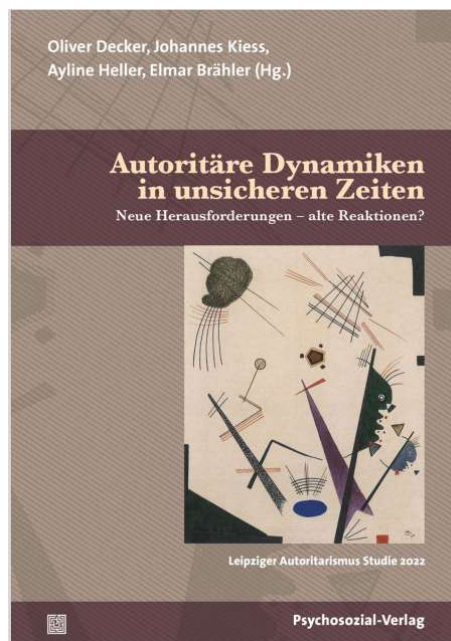
"Gerechtigkeit ist eine Notwendigkeit, um innerhalb der Erdsystemgrenzen leben zu können. Diese Schlussfolgerung sehen wir in der wissenschaftlichen Community in zahlreichen fundierten Umweltanalysen. Es geht dabei nicht um eine politische Entscheidung. Überwältigende wissenschaftliche Belege zeigen, dass ein gerechter und fairer Ansatz wichtig für die planetare Stabilität ist. Wir können keinen biophysikalisch sicheren Planeten ohne Gerechtigkeit haben. Dazu gehört die Bestimmung gerechter Grenzen zur Vermeidung erheblicher Schäden, die Gewährleistung von Zugang zu lebenswichtigen Gütern sowie die gerechte Transformation dorthin"

"Ein Wandel hin zu einem sicheren und gerechten Planeten erfordert dringendes, kollektives Handeln zahlreicher Akteure, insbesondere von Regierungen und Unternehmen, um innerhalb der Grenzen des Erdsystems zu handeln und unser lebenserhaltendes System intakt zu halten. Die Verantwortung für die globalen Gemeingüter war noch nie so dringend und wichtig wie heute"

Sichere Grenzen sorgen für stabile und widerstandsfähige Bedingungen auf der Erde und beziehen sich auf ein interglaziales, dem Holozän ähnliches Erdsystem als Referenzpunkt für einen gesunden Planeten. Eine stabile und widerstandsfähige Erde wird von ausgleichenden Rückkopplungen beherrscht, die Störungen abfedern und dämpfen. Sichere Grenzen richten sich unter anderem maßgeblich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen über Klimakippunkte aus.

Gerechte Grenzen begrenzen die Gefährdung des Menschen durch schwerwiegende Schäden. Erheblicher Schaden wird definiert als: Weit verbreitete, schwerwiegende, existenzielle oder irreversible negative Auswirkungen auf Länder, Gemeinschaften und Einzelpersonen durch Veränderungen des Erdsystems, wie z. B. den Verlust von Menschenleben, Lebensgrundlagen oder Einkommen, Vertreibung, den Verlust von Lebensmitteln, Wasser oder Ernährungssicherheit, chronische Krankheiten, Verletzungen oder Mangelernährung.

17) [Eine gerechte Welt auf einem sicheren Planeten: Studie quantifiziert erstmals Erdsystemgrenzen — Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung \(pik-potsdam.de\)](#)



Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte durch Beschäftigte 18)

Erstmals wurde () erhoben, welche gesellschaftlichen Konflikte durch Lohnabhängige in Deutschland als zentral angesehen werden. Hintergrund sind die zunehmenden Debatten darüber, inwiefern Themen rund um Sprache, Geschlecht und Migration gegenüber sozioökonomischen Themen (Einkommen, Vermögen und Macht) wichtiger werden.

Es zeigen sich drei „Hauptergebnisse“:

- Rund 8 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland nehmen im Allgemeinen kaum gesellschaftliche Konflikte wahr.
- Demgegenüber sehen rund 17 Prozent überall in der Gesellschaft starke Auseinandersetzungen, unterscheiden allerdings nicht zwischen verschiedenen Konfliktthemen. Weitere 28,4 Prozent sehen nur gemäßigte Konflikte, differenzieren aber ebenfalls nicht.
- Fast die Hälfte der Beschäftigten (45,4 Prozent) differenziert jedoch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kämpfen. Dabei werden Konflikte zwischen „Oben und Unten“ durchgängig als zentral angesehen. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten misst den Auseinandersetzungen zwischen „Kapitalisten und Arbeiterklasse“ (55,9%), „Arm und Reich“ (55,5%) sowie „Politikern und einfachen Bürgern“ (52,1%) eine zentrale Bedeutung zu. Andere Konflikte, zum Beispiel zwischen Generationen („Alt vs. Jung“, 21,6 Prozent) oder Geschlechterfragen („Männern vs. Frauen“, 12,5 Prozent), werden deutlich seltener als wichtigste gesellschaftliche Auseinandersetzungen angesehen.

Allerdings lassen sich keine systematischen Verknüpfungen zwischen den Konfliktwahrnehmungsmustern und den wirtschaftspolitischen Einstellungen der Befragten erkennen. Auch diejenigen, die einen deutlichen Gegensatz zwischen Oben und Unten in der Gesellschaft wahrnehmen, verknüpfen dieses Erleben selten mit klaren Positionierungen in Fragen der Umverteilung oder bezüglich staatlicher und gewerkschaftlicher Eingriffe in unternehmerisches Profitstreben. Das Unbehagen, welches sich in einer starken Wahrnehmung gesellschaftlicher und sozioökonomischer Konflikte ausdrückt, scheint ideologisch noch nicht festgelegt. In welche Richtung und von welchen Akteuren es politisiert und angesprochen werden kann, ist offen. Es bleibt auch Aufgabe von Gewerkschaften und Betriebsräten daran mitzuwirken, dass mögliche Vorschläge für den Umgang mit den zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen emanzipatorische Ziele im Blick behalten – und sich nicht gegen Minderheiten und demokratische Institutionen richten.

18) [OBS-Zusammenfassung: Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022](https://otto-brenner-stiftung.de)
(otto-brenner-stiftung.de)

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Ungleichheit

Christoph Butterwegge

UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT 19)

Sozioökonomische Ungleichheit lässt sich nur unter Rückgriff auf die analytische Schlüsselkategorie der Klasse verstehen. Die "Klassengesellschaft" steht insofern nicht vor ihrer Rückkehr, sondern sie war nie weg. Daran ändern auch neuere Theorien nichts.

Seit jeher umstritten ist die Frage, ob soziale Ungleichheit nur individuell erlebt beziehungsweise erlitten wird oder ob es sich dabei auch um ein systemisch bedingtes Kollektivschicksal handelt. Wäre das Erstere der Fall, könnte man das Verhalten der einzelnen Individuen für ihren sozialen Status verantwortlich machen und sie gegebenenfalls zu mehr Privatinitiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung aufrufen; ist jedoch Letzteres der Fall, sind Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen für den Zerfall der Gesellschaft in Großgruppen, Klassen oder Schichten ausschlaggebend.

Ob jemand einer bestimmten Klasse angehört, ist kein Zufall, sondern liegt in der ökonomischen Grundstruktur jener Gesellschaft begründet, der er angehört. Während eine (marxistische) Klassenanalyse die als Gesellschaftsklassen identifizierten Großgruppen der Bevölkerung eines Landes ihrer Stellung im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess entsprechend horizontal ordnet, konstruieren Schichtungstheorien eine Hierarchie von Sozialschichten. Wegen ihrer analog gewählten Schlüsselkategorie geht die Schichtungssoziologie wie die Geologie vor. Während diese Gesteinsformationen untersucht, deren übereinanderliegende Schichten sie freilegt, analysiert jene Sozialstrukturen, wobei eine soziale Rangordnung entsteht, die meist eine Unter-, Mittel- und Oberschicht umfasst.

Klassentheorien führen die soziale Ungleichheit auf das bestehende Wirtschafts- und/oder Gesellschaftssystem zurück, während Schichtkonzepte das Phänomen lediglich beschreiben.

"Klassenkonzepte wollen das Zustandekommen sozialer Ungleichheit, kollektives Handeln und sozialen Wandel erklären, und nehmen dabei eine gesellschaftskritische Perspektive ein."

Letztere geht verloren, wenn man die Analyse der Sozialstruktur einer Gesellschaft auf individuelle Leistungsmerkmale wie den Beruf, das Einkommen oder den Bildungsgrad, auf Mentalitäten und auf subjektive Momente verkürzt, welche die Mitglieder von Großgruppen teilen.

Die sozioökonomische Ungleichheit der Gegenwart lässt sich nur verstehen unter Rückgriff auf die analytische Schlüsselkategorie der Klasse.

19) 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE Ungleichheit
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Beilage zur Wochenzeitung
Das **Parlament**; Christoph Butterwegge, UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT, Seite 40–46



Horst Kahrs

Was heißt „linke Politik“ und was wird aus ihr? ²⁰⁾

Moderne Ungleichheitskonflikte um Migration (Innen – Außen), Identität (Wir – Sie), Ökologie (Heute – Morgen) ersetzen nicht den klassischen, von linker Politik bearbeiteten Konflikt Arbeit – Kapital oder den patriarchalen Konflikt Mann – Frau. Vielmehr fordern sie linke Politik heraus, politisch produktive Verbindungen zwischen den Konfliktachsen herzustellen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind für die äußere Rechte moderne Irrwege gegen die auf Kampf, Vorherrschaft, Rassen- und Geschlechtsunterschiede gepolte menschliche Natur;

für die Mitte Grundwerte politischer Rhetorik, die in den Menschenrechten, dem Rechtsstaat sowie freien, gleichen und geheimen Wahlen institutionelle Anker haben, im Alltag aber allfälligen Notwendigkeiten des Kapitalismus und männlicher Macht weichen müssen;

für die Linke ein gesellschaftliches Großprojekt der Moderne, das es zu vollenden gilt.

Die politische und gesellschaftliche Linke findet sich in verschiedenen inhaltlichen Schattierungen und organisatorischen Formationen wieder: in Parteien, in Gewerkschaften, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Entsprechend divers sind die Inhalte „linker Politik“.

Doch was ist das Gemeinsame?

²⁰⁾ Quelle: , [2022_OBS_Sammelband_Politik_WEB.pdf \(otto-brenner-stiftung.de\)](#), Seite 175 - 194

Anhang

Die AfD versucht sich als Partei des sogenannten „kleinen Mannes“ darzustellen und ist damit leider nicht erfolglos. Tatsächlich aber ist sie alles andere als das. Die Auswertung des Parteiprogramms und die daraus resultierenden Zahlen beweisen: Sie begünstigt Bezieher hoher und höchster Einkommen und hat für Menschen mit niedrigen Einkommen wenig bis garnichts übrig.



// Dr. Florian Buhlmann (ZEW Mannheim), Michael Hebsaker (ZEW Mannheim) und Prof. Dr. Sebastian Sieglösch (ZEW Mannheim)

Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Finanzielle Auswirkungen

Eine Berechnung für die Süddeutschen Zeitung mithilfe des Evaluationsmodells für integrierte Steuer- und Transferpolitik-Analysen (ZEW-EviSTA) – aktualisiert am 19. Juli, 5. und 27. August 2021

„Die im Folgenden vom ZEW Mannheim 21) für die Süddeutsche Zeitung gerechneten Reformvorschläge beruhen grundsätzlich auf den Wahlprogrammen der genannten Parteien zur Bundestagswahl 2021. In dieser aktualisierten Version stellen wir neben den Ergebnissen, die dem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 8. Juli 2021 zu Grunde liegen, zusätzlich Ergebnisse und Erläuterungen zur Verfügung, die dem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 17. Juli 2021 zu Grunde liegen. Darüber hinaus berücksichtigen wir in dieser Version die endgültigen Vermögensteuerpläne der Linken und nicht die Pläne, wie sie im Entwurf des Wahlprogramms skizziert wurden. Auf Anfrage des TV-Magazins „Kontraste“ (RBB/ARD) wurden diese Berechnungen um das Wahlprogramm der Partei „Alternative für Deutschland“ ergänzt und außerdem ein weiterer Musterhaushalt mit alleinerziehendem Elternteil und einem Kind modelliert. Der darauf basierende Fernsehbeitrag lief am 5. August in der ARD.“

1.

Fiskalische Effekte

	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
Budget in Mrd. Euro	14,0	36,8	18,1	-87,6	-32,6	-52,5

Die Tabelle zeigt die fiskalischen Wirkungen in Mrd. Euro auf den Staatshaushalt. Positive Werte bedeuten dabei Mehreinnahmen, negative Mehrausgaben. Ohne Verhaltensanpassung.

Quelle: ZEW-EviSTA

21) ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
[ZEW_Kurzexpertise2105.pdf](#)

2.

Veränderung des verfügbaren Jahreseinkommen der Haushalte nach Bruttoeinkommensklassen

Bruttoeinkommen	SPD		Linke		Grüne		FDP		Union		AFD	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
1-10.000€	392	3,39	1.211	10,47	874	7,56	248	2,15	101	0,88	0	0
10.001 - 20.000€	712	4,58	1.720	11,07	903	5,81	249	1,61	80	0,51	4	0,03
20.001 - 30.000€	511	2,29	1.612	7,23	641	2,87	389	1,74	124	0,56	22	0,1
30.001 - 40.000€	745	2,48	2.155	7,17	838	2,79	674	2,24	225	0,75	85	0,28
40.001 - 55.000€	1.001	2,62	3.093	8,11	1.086	2,85	1.361	3,57	439	1,15	320	0,84
55.001 - 80.000€	972	1,94	3.569	7,11	1.038	2,07	2.531	5,04	762	1,52	1.255	2,5
80.001 - 100.000€	1.044	1,62	3.249	5,06	902	1,40	4.110	6,40	1.233	1,92	2.560	3,98
100.001 - 150.000€	1.156	1,40	1.330	1,62	426	0,52	6.294	7,64	2.074	2,52	4.585	5,57
150.001 - 250.000€	-2.916	-2,37	-21.591	-17,58	-4.905	-3,99	11.873	9,67	5.385	4,38	9.233	7,52
250.001 - 2.000.000€	-7.471	-3,19	-55.779	-23,81	-14.137	-6,03	18.467	7,88	11.065	4,72	18.265	7,8

Quelle: ZEW-EviSTA

3.

Veränderung des verfügbaren Jahreseinkommen der Wähler nach Wählergruppen

	SPD		Linke		Grüne		FDP		Union		AFD	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Union	138	0,51	42	0,15	5	0,02	1.351	4,99	493	1,82	831	3,1
FDP	150	0,48	-155	-0,50	-54	-0,17	1.833	5,91	706	2,28	1170	3,8
SPD	406	1,66	985	4,02	380	1,55	1.141	4,66	382	1,56	568	2,3
Grüne	445	1,51	675	2,29	310	1,05	1.814	6,16	657	2,23	1209	4,1
Linke	543	2,40	1.306	5,77	544	2,41	1.111	4,91	370	1,63	471	2,1
AFD	627	2,75	1.680	7,37	668	2,93	1.129	4,95	358	1,57	545	2,4

Quelle: ZEW-EviSTA

Die Tabellen „Veränderung des verfügbaren Jahreseinkommen der Haushalte nach Bruttoeinkommensklassen“ und „Veränderung des verfügbaren Jahreseinkommen der Wähler nach Wählergruppen“ geben an, wieviel die Haushalte oder Wähler in den entsprechenden Kategorien im Schnitt profitieren (positive Werte) oder belastet werden (negative Werte). Die Angabe erfolgt sowohl absolut in Euro als auch relativ zum verfügbaren Einkommen im Status quo.

4.

Ungleichheitsmaße

	SPD		Linke		Grüne		FDP		Union		AFD	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Gini	-0,01	-4,3	-0,05	-14,8	-0,02	-6,5	0,01	3,4	0,01	1,6	0,01	3,81
ARQ	-3,2	-23,3	-3,2	-23,9	-3,6	-26,5	0,01	0,5	-0,1	-0,7	1,0	7,24

Gini: Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Einkommensungleichheit. Höhere Werte bedeuten mehr Ungleichheit.

ARQ: Die Armutsrisikoquote ist der prozentuale Anteil der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen, die weniger als 60 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens betragen.

Quelle: ZEW-EviSTA

5.

Einpersonenhaushalt - Veränderung verfügbares Jahreseinkommen

Bruttoeinkommen in €	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
20.000	0	1.210	110	280	70	10
40.000	150	1.640	110	1.740	300	20
60.000	590	1.410	110	3.420	920	40
120.000	460	-8.640	-100	8.180	4.080	2.010
300.000 ^a	-11.440	-80.260	-11.690	12.400	8.310	6.230

a Um die Vermögensteuer für SPD, Linke und Grüne illustrieren zu können wird in der Einkommensklasse 300.000 Euro ein Vermögen in Höhe von 2,5 Millionen Euro pro Erwachsenem angenommen

Anmerkung: Beträge sind auf die 10er Stelle gerundet.

Quelle: ZEW-EviSTA

6.

Ehepaar ohne Kinder - Veränderung verfügbare Jahreseinkommen

Bruttoeinkommen in €	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
20.000	0	140	0	0	0	0
40.000	0	2.500	230	630	90	30
60.000	100	2.900	230	2.080	230	30
120.000	1.520	-3.300	230	7.820	2.240	80

Anmerkung: Beträge sind auf die 10er Stelle gerundet.

Quelle: ZEW-EviSTA

7.

Ehepaar mit 2 Kindern - Veränderung verfügbare Jahreseinkommen

Bruttoeinkommen in €	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
20.000	3.200	6.490	3.420	2.910	890	0
40.000	4.030	5.090	3.290	870	940	20
60.000	1.020	5.520	1.930	1.990	1.090	1.690
120.000	1.090	-1.780	750	6.560	2.290	14.130
300.000 ^a	-12.840	-73.250	-12.990	18.160	10.500	42.620

a Um die Vermögensteuer für SPD, Linke und Grüne illustrieren zu können wird in der Einkommensklasse 300.000 Euro ein Vermögen in Höhe von 2,5 Millionen Euro pro Erwachsenen angenommen
Anmerkung: Beträge sind auf die 10er Stelle gerundet.

Quelle: ZEW-EviSTA

8.

Alleinerziehend mit einem Kind - Veränderung verfügbare Jahreseinkommen

Bruttoeinkommen in €	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
20.000	2.160	1.880	1.940	1.810	640	10
40.000	460	2.940	970	1.680	920	1.920
60.000	540	2.530	670	2.830	1.200	7.170
120.000	-200	-7.970	-270	8.340	4.720	19.420

Anmerkung: Beträge sind auf die 10er Stelle gerundet.

Quelle: ZEW-EviSTA

9.

Alleinerziehend mit 2 Kindern - Veränderung verfügbare Jahreseinkommen

Bruttoeinkommen in €	SPD	Linke	Grüne	FDP	Union	AFD
20.000	2.830	3.680	2.810	3.080	1.060	10
40.000	1.170	4.250	1.820	1.840	1.340	20
60.000	930	3.860	1.540	2.770	1.640	4.470
120.000	-1.140	-7.950	-730	8.100	4.860	22.940

Anmerkung: Beträge sind auf die 10er Stelle gerundet.

Quelle: ZEW-EviSTA

Stephan Pühringer/Karl M. Beyer/Dominik Kronberger



Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis

Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2021

OBS-Arbeitspapier 52

Quelle: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AP52_AfD_WiPo_SoPo.pdf



Quelle: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf



Nach der „Aktenlage“, nach den Zahlen ist alles klar. Es gibt zwei Blöcke mit eindeutig ähnlichen Tendenzen innerhalb der Blöcke und gegensätzlichen Tendenzen zwischen ihnen: SPD – LINKE – Grüne auf der einen, Union – FDP – AfD auf der anderen Seite.

Die Programme von SPD, Grünen und LINKEN führen zu mehr Steuereinnahmen, der Gini – Koeffizient sinkt und die Armutsrisikoquote sinkt deutlich.

Die Programme von Union, FDP und AfD führen zu wenigere Steuereinnahmen, der Gini – Koeffizient steigt bei Union und FDP leicht und bei der AfD deutlich. Die Armutsrisikoquote sinkt ganz leicht bei der Union, steigt leicht bei der FDP und steigt deutlich bei der AfD.

Aber es ist ja hinlänglich bekannt: Das Papier von Wahlprogrammen ist besonders geduldig.

Man kennt von der SPD das „Links blinken“ und das „ nach Rechts abbiegen“.

Bündnis90/Die Grünen profilieren sich durch 180° Kehrtwenden; besonders Talentierte unter ihnen schaffen sogar 360°.

Am Besten wäre es, wenn Union, FDP und AfD so wenig wie möglich von ihren Programmen umsetzen könnten.

Die LINKE hatte auf Bundesebene noch nicht die Gelegenheit zu Übereinstimmungen mit oder Abweichungen von ihrer Politik zu ihren Wahlprogrammen.

Ob der Partei ein „Auferstehen aus Ruinen“ gelingt, muss die Zukunft zeigen.

Es bleibt zu hoffen, dass Gregor Gysi recht hat mit seiner Einschätzung, wenn er sagt:

«Wenn Sahara gehen sollte, wird ein neuer Kampfgeist entstehen, damit die Linke nicht untergeht».

Zu befürchten ist allerdings, dass ggf. zuvor ein „Tal der Tränen“ zu durchschreiten ist.

Quellen:

1. Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 23, "Das Kapital", Bd. I, Siebenter Abschnitt, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968, Seite 769 - 770
2. Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 23, "Das Kapital", Bd. I, Siebenter Abschnitt, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968, Seite 743
3. [An Essay on the Principle of Population, Second Edition \(Norton Critical Editions\) by Thomas Robert Malthus | Open Library](#)
4. [Erfolgreiches Wirtschaften braucht Ungleichheit – WELT](#)
5. Lob der Ungleichheit <https://www.bol.com/nl/nl/p/lob-der-ungleichheit/9200000045884218/>
6. 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE „Ungleichheit“ ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**; Dagmar Schulze Heuling GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS, Seite 11–16
7. [Forum Freie Gesellschaft – Perspectives on Emerging Orders \(forum-freie-gesellschaft.de\)](#)
8. [Liberales Manifest – Forum Freie Gesellschaft \(forum-freie-gesellschaft.de\)](#)
9. [FFG Struktur-Papier_20210411_Politikreform.docx \(forum-freie-gesellschaft.de\)](#)
10. [Triggerpunkte. Buch von Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser \(Suhrkamp Verlag\)](#)
11. [Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf \(wid.world\)](#)
12. 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE Ungleichheit ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Beilage zur Wochenzeitung THERESA NEEF · LUCAS CHANCEL WIE UNGLEICH IST DIE WELT? ERGEBNISSE DES WORLD INEQUALITY REPORT, Seite 29–39
13. WELCHE ARBEIT MACHEN WIR? Zur Zukunft von Wirtschaft, Natur und Kultur [2022_OBS_Sammelband_Arbeit_WEB.pdf \(otto-brenner-stiftung.de\)](#),
14. [„Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags Zeitschrift für Politikwissenschaft \(springer.com\)](#)
15. EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE WSI-Verteilungsbericht 2023 [WSI Report Nr. 90, November 2023](#)
16. [Eine gerechte Welt auf einem sicheren Planeten: Studie quantifiziert erstmals Erdsystemgrenzen Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung \(pik-potsdam.de\)](#)
17. Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? [OBS-Zusammenfassung: Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)

18. 72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE
Ungleichheit ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament;
Christoph Butterwegge, UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT, Seite 40–46
19. Welche Politik wollen wir? Zur Zukunft des Staates, der Zivilgesellschaft und der Demokratie
[Sammelband: Welche Politik wollen wir? \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)
20. Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Finanzielle Auswirkungen
[ZEW_Kurzexpertise2105.pdf](#)
21. Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD
[Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis – Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)
22. Radikalisiert und etabliert Die AfD vor dem Superwahljahr 2024
[AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)